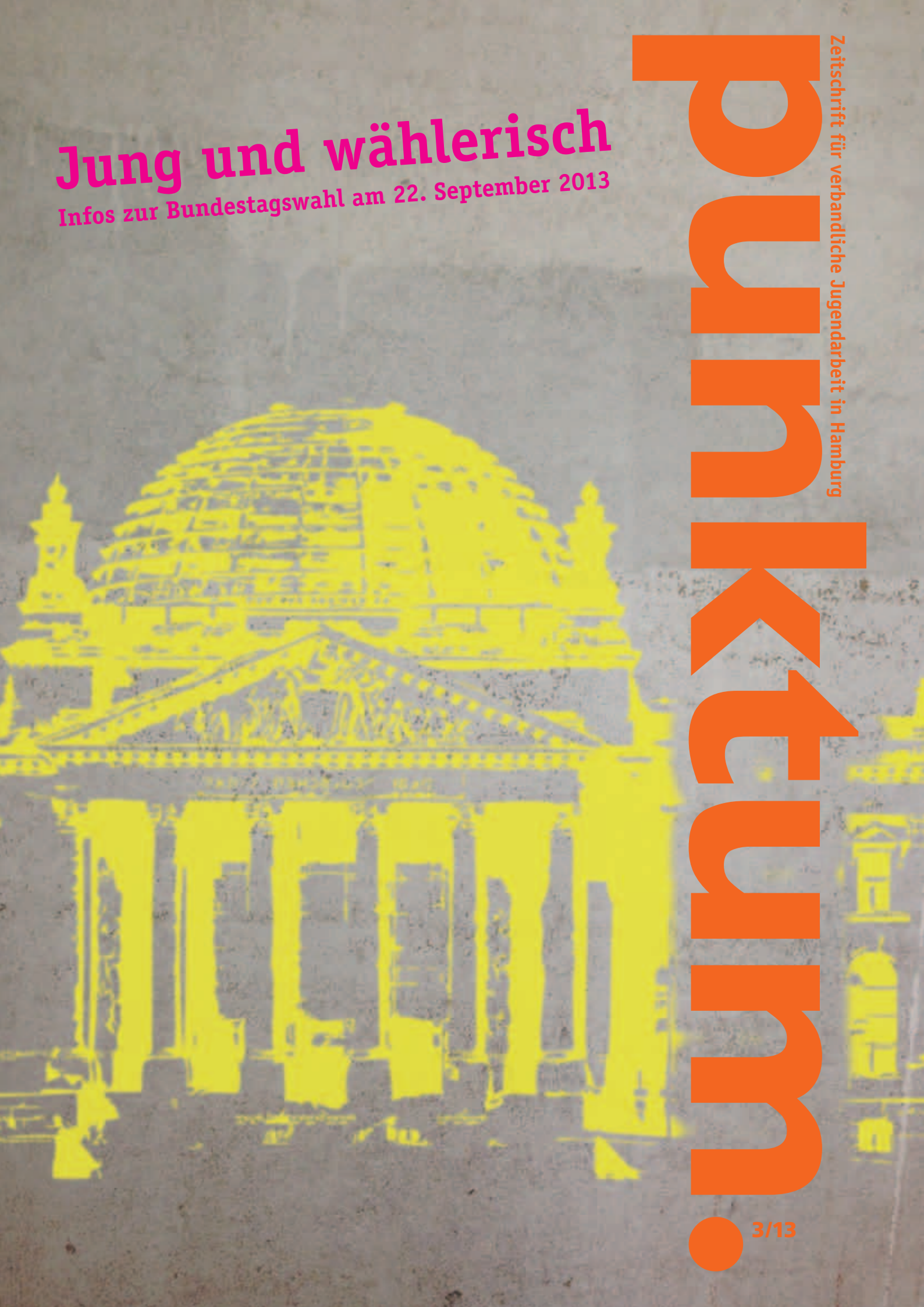


Jung und wählerisch
Infos zur Bundestagswahl am 22. September 2013

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

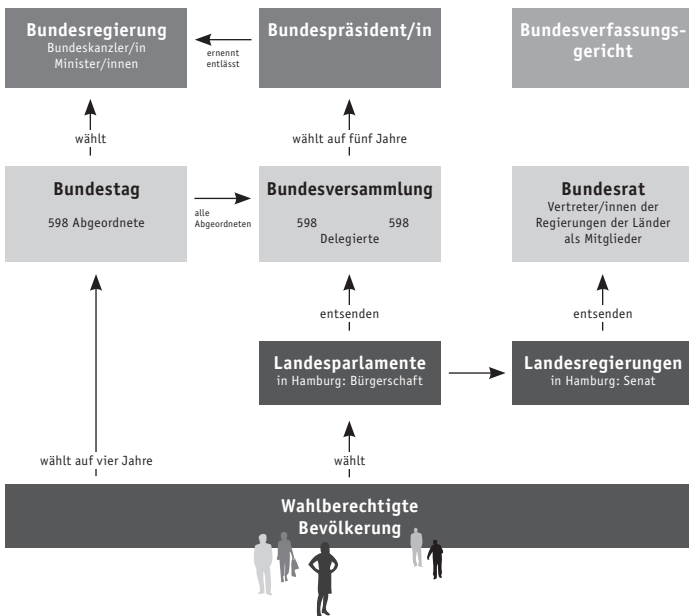
politikturni.

3/13



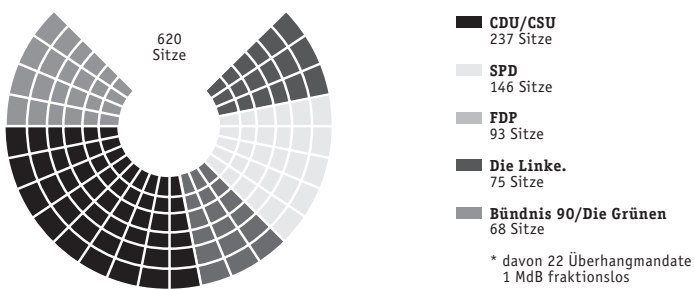
Was steht zur Wahl am 22. September?

Am 22. September 2013 sind rund 62 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland aufgerufen, über die Zusammensetzung des 18. Deutschen Bundestages zu entscheiden. Indem Du zur Wahl gehst, bestimmst Du über die politische Machtverteilung auf der Bundesebene. Gewählt werden die Mitglieder (Abgeordnete) des Deutschen Bundestages. Der Bundestag, auch Parlament genannt, ist die durch Wahlen direkt gewählte Volksvertretung. Sitz ist das Reichstagsgebäude in Berlin. Die Mitglieder des Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für in der Regel 4 Jahre von der Bevölkerung gewählt. (Das Schaubild zeigt die föderale Struktur der deutschen Demokratie.)



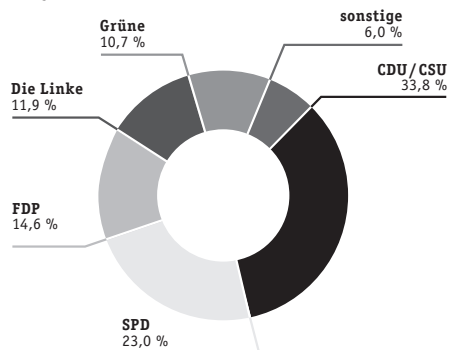
Sitzverteilung im 17. Deutschen Bundestag

Stand: Februar 2013



Verteilung der Zweitstimmen (2009)

Nach Parteien, in Prozent, Bundestagswahl 2009



Quelle: Der Bundeswahlleiter: www.bundeswahlleiter.de
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2009 www.bpb.de

Wer darf wählen?

Bei der Bundestagswahl sind alle Bürger/innen wahlberechtigt und können wählen (aktives Wahlrecht), wenn sie...

- Deutsche (im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes) sind und am Wahltag...
- das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten Ihre Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten,
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und
- im Wählerverzeichnis Ihrer Heimatgemeinde geführt werden.

(Grundsätzlich sind alle Bürger/innen und Bürger immer in der Gemeinde wahlberechtigt, in der sie mit Hauptwohnsitz gemeldet sind. Dort werden sie automatisch in das Wählerverzeichnis eingetragen.)

Und wie läuft's?

Alle Wahlberechtigten, die im Wählerverzeichnis der Gemeinde eingetragen sind, erhalten von ihrer Wohnortgemeinde eine Wahlbenachrichtigungskarte, der man Anschrift und Öffnungszeiten des Wahllokals entnehmen kann. Diese Karte sowie den Personalausweis oder Reisepass solltest Du zum Wahllokal mitbringen. Dieses Wahllokal hat am 22. September 2013 von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Wenn Du Deine Wahlbenachrichtigung verlegt oder verloren hast, kannst Du trotzdem an der Wahl teilnehmen. In Deinem Wahllokal musst Du Dich dann mit Deinem Personalausweis oder Reisepass ausweisen. Damit wird dann Deine Eintragung im Wählerverzeichnis nachgeprüft.

Spätestens drei Wochen vor dem Wahltag sollte Deine Wahlbenachrichtigungskarte per Post eingetroffen sein. Wenn Du sie nicht rechtzeitig erhalten hast, wende Dich bitte direkt an Dein Bezirksamt.

Und wenn Du am Wahltag verhindert bist?

Solltest Du am Wahltag nicht das Dir genannte Wahllokal aufsuchen können (beispielsweise auch als wahlberechtigter Deutscher, der im Ausland lebt) oder wollen, gibt es die Möglichkeit, bereits vor dem Wahltag Deine Stimme per Briefwahl abzugeben. Seit der Änderung des Wahlrechts im Januar 2008 brauchst Du dafür keine Gründe mehr angeben.

Die Zusendung der Unterlagen für die Briefwahl muss beantragt werden. Der Antrag befindet sich auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte. Oder Du bestellst die Unterlagen online unter: <https://gateway.hamburg.de/HamburgGateway/FVP/Application/DienstEinstieg.aspx?fid=4>

Achtung: Die Beantragung per Internet ist bis zum 18. September 2013, 24 Uhr möglich. Danach kannst Du Deinen Briefwahlantrag aber noch direkt in der zuständigen Wahldienststelle einreichen.



Wie wird gewählt?

Erst- und Zweitstimme

In Deutschland gilt ein Wahlsystem, welches Elemente von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht aufgenommen hat: das so genannte personalisierte Verhältniswahlrecht. Dieses Wahlsystem bietet dem Wähler die Möglichkeit, zwei Stimmen abzugeben:

- auf der linken Stimmmittelhälfte eine Erststimme für die Wahl einer/eines Wahlkreisabgeordneten (Direktmandat)
- auf der rechten Stimmmittelhälfte eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste (Partei)

Wie Du Deine beiden Stimmen verteilen, ist Deine Sache!

Du hast zwei Möglichkeiten:

- beide Stimmen für eine Partei: für den/die Direktkandidaten/in und für die Landesliste
- oder: die Erststimme für den/die Direktkandidaten/in der einen Partei, die Zweitstimme für die Landesliste einer anderen Partei

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmmittelzettel z.B.

- nicht der amtliche Stimmmittelzettel ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist
- keine Kreuze oder mehr als zwei Kreuze enthält
- der Wille des/der Wählers/in nicht zweifelsfrei erkennbar ist
- einen Zusatz oder Vorbehalt enthält

Hintergrund: das Wahlsystem

Der Deutsche Bundestag besteht regulär aus 598 Abgeordneten. 299 Abgeordnete werden nach relativer Mehrheitswahl direkt in den Wahlkreisen gewählt (Erststimme). In Hamburg gibt es 6 Wahlkreise. In jedem Wahlkreis stellen sich Direktkandidaten zur Wahl. Diese können einer Partei angehören oder als Parteilose kandidieren. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen bekommen hat (relative Mehrheit). Der oder die Abgeordnete vertritt dann den Wahlkreis im Bundestag (Direktmandat). Das System der Erststimme stellt sicher, dass alle Regionen in Deutschland im Bundestag vertreten sind.

Die weiteren 299 Sitze im Bundestag werden aufgrund des Verhältnisses der für die einzelnen Parteien abgegebenen Zweitstimmen vergeben. Das Verhältnis der Zweitstimmen entscheidet darüber, wie stark die einzelnen Parteien im Bundestag vertreten sind (Verhältniswahlsystem).

Durch die Möglichkeit, in den Wahlkreisen Kandidaten direkt zu wählen, erhalten die Wähler im Verhältniswahlsystem Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments. Deshalb spricht man von einer »personalisierten Verhältniswahl«.

Inhaltsverzeichnis

- Butter bei die Fische** 7 Fragen an 6 Hamburger Spitzenkandidaten/innen der Parteien, S. 4 • **Wie viele können wählen?** Und wie viele haben es bislang getan? S. 15 • **Wo was finden?** Die Linkliste zur Wahl, S. 16 • **Was wählen?** Teste das interaktive Infotool Wahl-0-Mat.de, S. 17 • **Wo was finden?** Die Linkliste zur Wahl, S. 18

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendrings Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers • **Layout und Gestaltung:** Rebekka Posselt **Fotos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Gregor Best c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. • **Verlag:** Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.400 Exemplare • **punktum** wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. • **Druck:** Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag
im Wahlkreis 23 Hamburg-Bergedorf-Harburg
am 22. September 2013

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer Wahlkreisabgeordneten

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
- mögliche Stimme für die Verteilung der
- Sitze insgesamt an die einzelnen Parteien -

Erststimme		Zweitstimme	
1	Dr. Gundelach, Herlind Section o. D. Hamburg CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands	<input type="radio"/>	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands Hilke Mering, Ingrid Voigt, St. Heine, Gert-Johannes Hill, Peter Jäger, Uwe Klein
2	Hakverdi, Metin Hamburg SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>	SPD Sören Dierck, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
3	Sarrazin, Manuel Hamburg GRÜNE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Hamburg	<input type="radio"/>	GRÜNE Udo Jochims, Manuel Sarrazin, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
4	Dr. Duwe, Kurt Hamburg FDP Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>	FDP Franko Böttcher, Kurt Duwe, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
5	Böddinghaus, Sabine Hamburg DIE LINKE Die Linke	<input type="radio"/>	DIE LINKE Sabine Böddinghaus, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
6	Ecke, Nico Alexander Hamburg PIRATEN Piratenpartei Deutschland	<input type="radio"/>	PIRATEN Nico Alexander, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
7	Wuff, Thomas Hamburg NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>	NPD Thomas Wuff, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
		<input type="radio"/>	RENTNER RENTNER Ulrich Pöhl, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
9	Behrendt, Volker Hamburg ÖDP Ökologisch-Demokratische Partei - Die grüne Alternative	<input type="radio"/>	ÖDP Volker Behrendt, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
		<input type="radio"/>	MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
11	Meister, Thomas Hamburg AID Alternative für Deutschland	<input type="radio"/>	AID Thomas Meister, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
12	Walbe, Christian Hamburg FREIE WÄHLER FREIE WÄHLER	<input type="radio"/>	FREIE WÄHLER Freie Wähler Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt
14	Reher, Joel Hamburg Joel Reher, Dipl.-Ing. (FH)	<input type="radio"/>	Die PARTEI Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und Basisdemokratische Initiative Joel Reher, Ingrid Voigt, Heine Dierck, Heine Dierck, Ingrid Voigt

Dieses System der personalisierten Verhältniswahl soll gewährleisten, dass im Bundestag ein weitgehend getreues Abbild der Wählerschaft entsteht und dass jede Stimme grundsätzlich den gleichen Erfolgswert hat. Lediglich jene Stimmen gehen verloren, die für Parteien abgegeben werden, welche bei der Auszählung unter fünf Prozent der Zweitstimmen bleiben (»Fünf-Prozent-Hürde«).

Butter bei die Fische

7 Fragen an 6 Hamburger Spitzenkandidaten/innen der Parteien*



© malzkornfoto.de

Anja Hajduk

Bündnis 90 / Die Grünen | *1963 | Dipl.-Psychologin | seit 2011 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (stellv. Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin) | 2008 – 2010 Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt in Hamburg | 2002 – 2008 Mitglied des Deutschen Bundestags | 2002 – 2008 Vorsitzende der Grünen in Hamburg | 1997 – 2002 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft | hamburg.gruene.de/node/2860



© Frank Nocke

Sebastian Seeger

Piratenpartei | *1981 | Psychologiestudent | seit 2012 erster Vorsitzender des neu gegründeten Bezirksverbandes Hamburg-Nord | facebook.com/SeegerSebastian



© Gudula Stein

Marcus Weinberg

CDU | *1967 | Lehrer | seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages (Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche) | seit 2011 Vorsitzender der CDU Hamburg und Mitglied im Bundesvorstand der CDU | Seit 2009 Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung | marcusweinberg.de



© Burkhardt Müller-Sönksen, Burgis Wehry

Burkhardt Müller-Sönksen

FDP | *1959 | Rechtsanwalt | seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages (Mitglied des Verteidigungsausschusses und des Ausschusses für Kultur und Medien) | seit 2009 medienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion | 2001 – 2004 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft | mueller-soenksen.de



© Die Linke, DiG/Trialon

Jan van Aken

Die Linke | *1961 | Biologe | seit 2009 Bundestagsabgeordneter | seit 2012 außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke und stellvertretender Parteivorsitzender | 2006 – 2009 Landwirtschafts-Campaigner für Greenpeace International | 2004 – 2006 Bio-Waffeninspektor bei den Vereinten Nationen | jan-van-aken.de



© Aydan Özoğuz

Aydan Özoğuz

SPD | *1967 | Wissenschaftliche Mitarbeiterin | seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages (Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion) | seit Dezember 2011 stellvertretende SPD-Vorsitzende | 2001 – 2008 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft | oeroguz.de

Zuspitzung, Vereinfachung, populistische Parolen und halbe Wahrheiten: Mittel und Methoden sind im Wahlkampf zuweilen recht fragwürdig. punktum bietet dagegen Platz für sachorientierte Argumentation. Wir haben die 6 Hamburger Spitzenkandidaten/innen der größeren Parteien zu wichtigen politischen Themen befragt. Und ausführliche Antworten eingefordert. Politik ohne Filter!

(*Die Sortierung der Kandidaten/innen haben wir gelöst.)

1. Bilanzfrage. Was können junge Menschen nach den letzten 4 Jahren schwarze-gelber Bundesregierung als positiv vermerken?

Hajduk:

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen: Klimakatastrophe und Umweltzerstörung, Finanzkrise und die Krise Europas, Millionen Menschen arbeiten für Niedriglöhne und gleichzeitig herrscht Fachkräftemangel. Angela Merkel reagiert auf diese Probleme zu zögerlich, unentschlossen oder gar nicht. Schwarz-Gelb ruht sich auf einer guten Konjunktur aus, die viel mit dem Verdienst von Unternehmer/innen und Arbeitnehmer/innen und nicht zuletzt der rot-grünen Reformen zu tun hat – aber wenig mit dieser Regierung. Positiv zu vermerken ist die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland. Das war ein historischer, längst überfälliger Schritt, den wir ausdrücklich begrüßen. Die Aussetzung der Wehrpflicht ist die Defacto-Abschaffung einer sicherheitspolitisch unnötigen und höchst ungerechten Zwangsrekrutierung, die erheblich in die Grundrechte und die Lebensplanung junger Männer eingegriffen hat.

Seeger:

Obwohl das deutsche Bildungssystem immer noch starke Mängel aufweist, kann man dennoch festhalten, dass die Einbindung neuer Medien in den Schulunterricht in den letzten Jahren vorangeschritten ist. Damit ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan, denn grade das Bildungssystem wird durch die Möglichkeiten, die das Internet und die neuen Medien bieten, stark bereichert. So können Präsentationen wesentlich einfacher gehalten werden, und Gruppen können über das Internet gemeinsam an einem Text arbeiten. Als guter Ansatz kann gewertet

werden, dass die Ausgaben speziell für den Hochschulbereich gestiegen sind. Der Einsatz dieser Mittel in den einzelnen Ländern lässt jedoch zu wünschen übrig. Der Versuch, ein Deutschland-Stipendium zu etablieren, ist grundsätzlich zu begrüßen. Wie sich diese Maßnahme entwickelt und auch weiter umgesetzt wird, das wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen.

Dass sich mehr und mehr Bundesländer von Studiengebühren verabschiedet haben oder kurz davor stehen, ist positiv zu vermerken. Dies wurde aber durchweg nur gegen den Widerstand von CDU und FDP durchgesetzt.

Weinberg:

Es ist unser erklärtes Ziel den Jugendlichen in Deutschland gute Chancen und Möglichkeiten für ihre persönliche und berufliche Zukunft zu schaffen. In den letzten vier Jahren haben wir viel hierfür getan und auch einiges erreichen können. Während Rot-Grün in sieben Regierungsjahren dreimal das Bildungs- und Forschungsbudget gekürzt hat, haben wir es achtmal in Folge erhöht. Insgesamt haben wir in dieser Wahlperiode 13 Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung ausgegeben als in der vergangenen – trotz Einsparungen und Haushaltskonsolidierung. Davon profitieren die Jugendlichen direkt. So konnten 2011 beispielsweise fast eine Million Schüler und Studenten mit BAföG gefördert werden, 8,6% mehr als im Vorjahr. Dafür gaben Bund und Länder 3,2 Milliarden Euro aus, 10,7% mehr als 2010. Zudem konnten wir mit 7 Milliarden Euro aus dem Hochschulpakt II erreichen, dass die Hochschulen die zusätzlich benötigten 620.000

Studienplätze einrichten konnten. Durch wichtige Gesetzesinitiativen, wie z.B. dem Bildungspakt, haben wir zudem bedürftigen Kindern und Jugendlichen Rechtsansprüche auf Teilhabeleistungen verschafft. Hierunter fallen Lernförderung und Nachhilfe, Kostenerstattung bei Schulausflügen, Schulbedarf bis 100 Euro/Jahr, Beiträge für Sport-, Musik-, und Kulturangebote, wie auch die Schulverpflegung. Und um einen reibungslosen Übergang von der Schule in den Beruf zu ermöglichen, haben wir seit 2008 mit unserem Bildungskettenprogramm 450.000 Schülern/innen jeweils Potentialanalyse und Berufsorientierungsmaßnahmen erteilt.

Das alles zeigt Wirkung. Seit fünf Jahren übersteigt nun schon die Zahl der unbesetzten Lehrstellen die Zahl der unversorgten Bewerber. Nirgendwo anders in Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit so gering wie in Deutschland. Im März dieses Jahres lag sie bei 7,6%. Zum Vergleich: Der europaweite Durchschnitt beträgt knapp 23%, mit Höchstwerten von 58% in Griechenland und 56% in Spanien.

Doch wir kümmern uns nicht nur um die Ausbildung und den Berufseinstieg. Mit dem Bundesfreiwilligendienst haben wir eine Möglichkeit für Jugendliche und andere Interessierte geschaffen, außerhalb des formalen Bildungsweges wichtige Erfahrungen zu sammeln. Mittlerweile ist der Bundesfreiwilligendienst so stark gefragt, dass die Zahl der Bewerber die Zahl der Plätze übersteigt.

Müller-Sönksen:

Durch die Aussetzung der Wehrpflicht können junge Männer jetzt frei zwischen der Bundeswehr, einem Studium, einer Ausbildung oder

dem Bundesfreiwilligendienst wählen. Die Einführung des Führerscheins mit 17 sorgt für mehr Mobilität junger Menschen und für bessere Verkehrssicherheit bei Fahranfängern. Mit weit über 275.000 zusätzlichen Studienplätzen und 2 Mrd. Euro für den Qualitätspakt Lehre helfen wir unseren Hochschulen bei der Verbesserung der Bedingungen in den Hörsälen und Seminaren. Mit der Erhöhung des BAföG-Satzes und der Einführung des Deutschlandstipendiums unterstützen wir einen Großteil der Studierenden finanziell. Mit der Verabschiedung des Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmens findet unsere Berufsausbildung die notwendige Anerkennung bei unseren europäischen Nachbarn. Die Meister-Qualifikation wird aufgewertet und auf dem Niveau des Bachelor-Abschlusses angesiedelt. Übergänge zwischen Berufsbildung und akademischer Bildung werden dadurch einfacher.

Zudem haben wir erstmalig einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorgelegt. Wir Liberalen stehen für eine Politik, die nicht auf Kosten der kommenden Generationen lebt. Deshalb ist es so wichtig, dass dank unseres Einsatzes der Staat keine neuen Schulden aufnimmt und somit auch für die nächsten Generationen volle Handlungsfreiheit gewährleistet.

van Aken:

Na ja, ich bin da etwas ungeeignet, weil ich weder ein Fan von Schwarz-Gelb noch jung bin. Aber im Ernst: Die Bundesregierung hat in der Kinder- und Jugendpolitik in den vergangenen Jahren wertvolle Zeit vergeudet. Es gibt zwar offiziell eine Jugendpolitik in Deutschland. Aber wer die Einführung des Deutschlandstipendiums, die U18-Wahl und das permanente Absenken des Kinder- und Jugendplans des Bundes als

erfolgreiche Jugendpolitik präsentiert, hat in der Jugendpolitik vollkommen versagt und gehört abgewählt. Kinder und Jugendliche brauchen neben sozialer Sicherheit reale Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrem Alltag, in ihren Stadtteilen, in Jugendeinrichtungen und vor allem in der Schule. Und sie brauchen Perspektiven, persönliche wie berufliche. Nichts davon wird durch die jetzige Bundesregierung gefördert. Viele jüngere Leute, mit denen ich zu tun habe, sind bestenfalls froh, dass es ihnen noch nicht so schlecht geht wie ihren Altersgenossen/innen in Griechenland oder Spanien. Ob sie das als »positiv« bewerten, bezweifle ich.

Özoğuz:

Dies zu beurteilen möchten wir denjenigen überlassen, um die es geht – den jungen Menschen selbst.

2. Gegenfrage. Was lief schief? Was fehlt?

Hajduk:

Die schwarz-gelbe Regierung hat kein Konzept und vor allem keine Idee für eine gemeinsame Zukunft dieses Landes oder die Zukunft Europas. Ihr Handeln bleibt ohne Linie und ohne Plan. Es geht zu Lasten Vieler, die auf Unterstützung angewiesen sind, die den Zusammenhalt der Gesellschaft voran bringen wollen oder die das Gemeinwesen stärken. Es geht viel zu oft zu Gunsten mächtiger und gut finanzierter Lobbys. Konkret:

- Energiewende ausgebremst und Klimaschutz eingestellt
- Niedriglöhne für Millionen
- Gleichstellung am St. Nimmerleinstag
- Betreuungsgeld statt Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Ignoranz regiert die schwarz-gelbe Bildungspolitik
- Wohnen in großen Städten immer unbezahlbarer

Mehr unter: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Schwarz-Gelbe-Bilanz_Broschuere-06-2013.pdf

Seeger:

Das deutsche Bildungssystem weist immer noch zahlreiche Mängel auf. So sind Möglichkeiten für die Schüler, sich ihren Lehrplan nach ihren Fähigkeiten und Interessen individuell anzupassen, noch zu wenig gegeben. Schüler werden so mit einer Flut von Wissen in Bereichen erschlagen, die besonders in höheren Klassen über die nötige Allgemeinbildung hinausgehen. Die Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr spitzt dieses Problem weiter zu. Schule ist dadurch nur noch

selten ein Ort, an dem junge Menschen sich entwickeln, sondern an dem sie nur noch so schnell wie möglich auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Dies führt dazu, dass das soziale Leben außerhalb der Schule immer mehr vom Lernen eingenommen wird und wichtige soziale Komponenten, wie z.B. die ehrenamtliche Mitarbeit in Vereinen, Sport und die eigene Freizeit- und Lebensgestaltung, außen vor bleiben. Die Piratenpartei setzt sich für mehr Kompetenzen des Bundes im Bereich Bildung ein: Wir haben durch die Bundesländer 16 verschiedene Bildungssysteme, die sich völlig unvergleichbare Strukturen geben. Außerdem muss die selbstständige Bildung Jugendlicher über Freies Wissen und Freie Kultur im Internet weiter gefördert werden. Die Bundesregierung hat sich mit ihren Urheberrechtsgesetzen und Überwachungsphantasien als Gegnerin moderner Technologien und einer gemeinsamen Wissensgesellschaft profiliert. Hier müssen die Interessen jüngerer Generationen auch über ein gesenktes Wahlalter mehr Einfluss auf die Politik bekommen.

Auch die Einführung eines Betreuungsgeldes stellt einen Tiefpunkt der schwarz-gelben Bundesregierung dar. Anstatt Kita-Plätze auszubauen, sollen Familien und vor allem die Kinder in der frühkindlichen Bildung sich selbst überlassen werden. Die Regierung zieht sich hier aus der Verantwortung und sorgt dafür, dass gerade finanziell benachteiligte Familien keine Bildungsangebote in Anspruch nehmen.

Weinberg:

Zwar haben wir viele positive Erfolge zu verzeichnen, jedoch wollen wir uns darauf nicht

ausruhen. So stehen auch einige Bereiche der Jugendpolitik im Fokus der kommenden Legislaturperiode. So zum Beispiel der gemeinsame europäische Arbeitsmarkt. Nachdem wir bereits durch das Anerkennungsgesetz die bessere Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit von Bildungsabschlüssen erreicht haben, wollen wir durch die von uns auf den Weg gebrachte EU-Jugend-Offensive die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa weiter ausbauen. Wir setzen uns auch für das Erlernen von Fremdsprachen sowie für Austauschprogramme von Jugendlichen, Arbeitnehmern, Studenten und Forschern in ganz Europa ein.

Müller-Sönksen:

Wer heute jung ist, weiß nicht, ob er sich auf die staatlichen Sozialsysteme noch verlassen kann. Der Staat muss den wirklich Bedürftigen Hilfe, Anreize und Aufstiegsperspektiven bieten. Dabei muss er vor allem Aufstiegs- und Teilhabechancen für jene Menschen im Blick haben, denen es an materiellen Voraussetzungen fehlt. Alle bestehenden steuerfinanzierten Sozialleistungen, wie etwa Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Grundsicherung im Alter, BAföG oder Kindergeld, müssen als Bürgergeld gebündelt werden. Dabei wird jedem Bürger eine bestimmte Summe als Existenzminimum garantiert. Wird diese Summe durch eigene Einkünfte nicht erreicht, so wird ein Zuschuss durch den Staat ausbezahlt.

Die Situation für junge Menschen auf dem Wohnungsmarkt ist angespannt. In erster Linie ist das Investitionsklima für neuen Wohnraum zu verbessern. Dazu müssen die

Planungsverfahren für Wohnraum beschleunigt werden.

Als Nachfolger des Kyoto-Protokolls muss eine völkerrechtlich verbindliche Regelung zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen über das Jahr 2020 hinaus geschaffen werden. Auf diesem Weg muss eine Begrenzung der Erderwärmung auf 2 °C bis 2050 erreicht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es zwingend erforderlich, die Beteiligung weiterer Staaten an Zertifikatshandelssystemen zu forcieren.

Weiche Drogen wie Cannabis müssen legalisiert und über staatlich lizenzierte Stellen vertrieben werden. Angebote zur Reduzierung von Risiken beim Konsum wie so genanntes Drug Checking müssen ausgebaut werden. Zudem muss der Staat stärker die Forschung und Evaluation zu den tatsächlichen Risiken legaler und illegaler Drogen unterstützen.

Die neue Wohnungsabgabe für den Rundfunk sowie der Beitragsservice als GEZ-Nachfolger müssen abgeschafft werden. Stattdessen soll eine Medienabgabe zusammen mit der Einkommensteuer und deutlich niedriger als die heutige Rundfunkabgabe eingezogen werden. Zudem muss sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf seine Kernaufgaben und einen eng zu stehenden Bildungsauftrag konzentrieren.

van Aken:

In Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und in der Aus- und Weiterbildung fehlt es an allen Ecken und Enden. Nahezu jedes fünfte Kind ist von Armut bedroht. In manchen Hamburger Stadtteilen, wie etwa in Billstedt und Harburg, sogar jedes Zweite! Bei Jugendlichen ist die Situation noch verheerender. Jugendforscher sprechen mittlerweile von komplett abgehängten sozialen Milieus. Das ist ein Skandal! Statt wirksam dagegen vorzugehen, hat die Bundesregierung mit dem Bildungs- und Teilhabepaket ein Bürokratiemonster geschaffen, das bei den Betroffenen nicht ankommt und dort wo es ankommt, den Bedarf nicht deckt. Ebenso skandalös sind die

Sondersanktionen für junge in Armut lebende Hartz IV-Empfänger/innen. Hier werden ganz bewusst junge Menschen ausgegrenzt. Wir brauchen hingegen eine Jugendpolitik, die alle mitnimmt und fördert. Und das heißt auch, die soziale Situation der Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Das bestehende Bildungssystem verschärft soziale Unterschiede, statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Es zementiert Privilegien und soziale Ausgrenzung, statt sie zu überwinden. In kaum einem anderen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über die Bildungslaufbahn wie in Deutschland. Das Deutschlandstipendium steht exemplarisch für eine solche Elitenförderungs politik. Hier muss grundlegend umgesteuert werden. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung, ein neues BAFÖG und einen Mindestlohn.

Özoğuz:

Aus Sicht der SPD hat Bundesjugendministerin Schröder die Jugendpolitik aufs Abstellgleis geschoben. Den vielen Ankündigungen folgten nur wenige Taten.

Jugendpolitik muss die Jugendphase als Ganzes, insbesondere auch die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen in den Blick nehmen und überzeugende Lösungen entwerfen. Dabei müssen sich Bund, Ländern und Gemeinden gut abstimmen. In den vergangenen vier Jahren war ein Konzept der Bundesregierung für eine eigenständige Jugendpolitik allerdings nicht zu erkennen.

So hat die Ministerin zum Beispiel durch Mittelkürzungen beim Kinder- und Jugendplan (KJP) die Jugendverbandsarbeit geschwächt. Für eine eigenständige Jugendpolitik im Bundeshaushalt und direkte Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen ist für die SPD die Stärkung des KJP unverzichtbar.

Ich will einige weitere Aspekte des Scheiterns besonders herausgreifen: Mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes

hat eine Verstaatlichung von Freiwilligendiensten stattgefunden. Wir sehen hier erheblichen Nachbesserungsbedarf. Die SPD setzt auf den konsequenten Ausbau der bewährten Jugendfreiwilligendienste: Wir wollen Transparenz und Rechtssicherheit für sie durch ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen und mehr Anerkennung für Freiwilligendienstleistende erreichen.

Dem Kampf gegen Rechtsextremismus – den auch viele Jugendliche mit Engagement vorantreiben – hat die Ministerin einen Bären dienst erwiesen. Hier wurde eine groteske »Extremismusklausel« eingeführt. Diese werden wir abschaffen und die derzeitige Gängelung und bürokratischen Popanze beenden. Auf Bundesebene wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten, die die zivil-gesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet. Wir werden auch die notwendigen Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen.

Auch im Bildungsbereich hat die Bundesregierung keine größeren Anstrengungen unternommen: 1,7 Milliarden Euro für lokale Bildungsbündnisse sind nie geflossen, die geplanten 160.000 Stipendien für leistungsstarke Studenten sind auf 11.000 geschrumpft, von dem Bologna-Mobilitäts-Paket profitieren gerade einmal 0,2 Prozent der Studierenden und auf das Zukunftskonto fürs Bildungssparen wartet man bis heute.

Und im Staatsangehörigkeitsrecht werden zunehmend mehr Jugendliche wegen des Optionsmodells gezwungen, sich entweder gegen die Staatsbürgerschaft der Eltern und damit gegen ihre Herkunft oder gegen die deutsche zu entscheiden, weil sich die CDU weiter weigert, das Staatsangehörigkeitsrecht zu modernisieren.

Diese Beispiele zeigen, dass von Schwarz-Gelb während der zurückliegenden Legislaturperiode wenig Engagement für junge Menschen gezeigt wurde.



3. Überwachung 2.0 – Prism, NSA, Tempora.

Das »Grundrecht« auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger im Netz wird zur Farce. Die vielen Programme zur Medienkompetenzförderung junger Menschen sind vor diesem Hintergrund verlogen. Was gibt's zu tun, damit freie, offene Gesellschaften nicht zu autoritären Überwachungsstaaten mutieren?

Hajduk:

Die Aneignung von Medienkompetenz und der bewusste Umgang mit persönlichen Daten sind wichtig. Unabhängig davon müssen Bürger/innen sich aber der Einhaltung ihrer Grundrechte sicher sein können. Denn wer nicht frei (digital) kommunizieren kann, lebt nicht frei. Wer, wie die Bundesregierung, angesichts des massiven Angriffs auf Grundrechte, den Bürgern/innen lapidar zuruft, jeder möge sich selbst schützen, hat die Durchsetzung verbriefter Grundrechte schon aufgegeben und zeigt, wie sehr er mit dem Grundrechtsschutz der Bürger/innen überfordert ist.

Angesichts der rasanten technologischen Entwicklung und zunehmenden technischen Möglichkeiten des Staates wie auch Dritter zur heimlichen Überwachung und Kontrolle der Menschen setzen wir Grüne uns dafür ein, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als datenschutzrechtliches Fundament ins Grundgesetz aufzunehmen. Staatliche Überwachungsphantasien und bürgerrechtsfeindliche Gruselstücke, wie die heimliche Onlinedurchsuchung oder die Vorratsdatenspeicherung, lehnen wir klar ab.

Die aktuelle Debatte um den wohl umfangreichsten Verstoß gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zeigt einmal mehr deutlich: Wir müssen dem Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme endlich zum Durchbruch verhelfen. National wollen wir u.a. den Artikel 10 des Grundgesetzes zu einem umfassendem Mediennutzungs- und Telekommunikationsgeheimnis ausbauen. Zudem kämpfen wir für ein wirksames und modernes Datenschutzrecht in Deutschland und in Europa und begleiten intensiv die EU-Datenschutzreform.

Seeger:

Die globale Lösung dieses Problems werden wir nicht von Heute auf Morgen herbeiführen. Wir können jedoch dort anfangen, wo wir als deutsche Bürger Einfluss haben. Wir müssen zunächst die Ambitionen unserer eigenen Regierung stoppen: Die umstrittene Vorratsdatenspeicherung, die kürzlich eingeführte Bestandsdatenauskunft für staatliche Organe und jegliche Überwachung ohne Verdacht muss in unserem Land zurückgenommen und geächtet werden.

Zudem müssen wir freie Software zum Schutz der Privatsphäre fördern. Auf europäischer Ebene müssen wir den Datenschutz stärken. Hier sind es besonders Lobbyisten, die derzeit ihre Interessen in die Gesetzesvorlagen einfließen lassen. Letztlich brauchen wir auf internationaler Ebene echte »Abrüstungsverhandlungen« bezüglich dieser Überwachungsprogramme, ähnlich den Verhandlungen während und nach dem Kalten Krieg.

Zudem liegt es in den Händen von Nutzern und Programmierern, schon durch die Konzeption und den Einsatz von Software und Kommunikationsmitteln, die Achtung von Privatsphäre und Vertraulichkeit sicherzustellen. Anonymisierung und Verschlüsselung sind nützliche Hilfsmittel, solange Regierungen nicht vertraut werden kann.

Weinberg:

Mein Grundsatz heißt: Jeder muss über seine persönlichen Daten selbst bestimmen dürfen. Zwar ist die Informationsbeschaffung ein wesentlicher Bestandteil geheimdienstlicher Tätigkeit, doch darf diese nicht willkürlich und ohne konkreten Anfangsverdacht durchgeführt



werden. So ist auch die geltende Gesetzeslage in Deutschland. Das sogenannte »G-10-Gesetz« regelt, wie und wann das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis für geheimdienstliche Belange ausgesetzt werden kann. Hierin ist festgehalten, dass tatsächliche Anhaltspunkte für die Begehung einer Straftat vorhanden sein müssen, um eine Überwachung zu erlauben. Wenn fremde Staaten, insbesondere wenn diese Freunde und Verbündete sind, sich darüber hinwegsetzen, ist das schlicht inakzeptabel! Eine flächendeckende Überwachung lehne ich grundsätzlich ab.

Müller-Sönksen:

Beim Eingriff in die Privatsphäre unserer Bürger hört für mich die Freundschaft auf! Eine anlasslose Überwachung des Internets darf es nicht geben. Geheimdienste dürfen sich nicht im rechtsfreien Raum bewegen. Sie brauchen eine bessere parlamentarische Kontrolle, ganz egal ob es um den deutschen BND oder die ausländischen Dienste geht. Medienkompetenz bleibt aber gerade im Kontext der aktuellen Enthüllungen wichtig: Das beste Mittel gegen Ausspähung ist ein sparsamer und bewusster Umgang mit persönlichen Daten, Fotos usw., die wir im Internet teilen. Europäische Unternehmen unterliegen strengen Datenschutzvorschriften und bieten in vielen Fällen geeignete Alternativen zu amerikanischen Internetdiensten.

van Aken:

Es ist natürlich unglaublich, was da im Juni bekannt wurde. Es wird aber immer klarer, dass wir erst die Spitze des Eisbergs gesehen haben und auch die Bundesregierung beim Ausspionieren der eigenen Bürger/innen kräftig mitmischte. Was jede und jeder Einzelne tun kann? Natürlich selbst sensibler mit den eigenen Daten umgehen, egal ob im Netz oder sonst wo. Aber es ist auch wichtig, gemeinsam politisch gegen das Ausspionieren vorzugehen, in Kampagnen, im Netz und natürlich auch im Parlament. Wir als Linke wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern. Wir sind deswegen gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Online-Durchsuchungen, nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, Video-, Späh-, Lauschangriffe und Rasterfahndung. Die Möglichkeit zur Nutzung von Diensten und Anwendungen darf nicht von einer Einwilligung in die Datenerhebung oder -weitergabe abhängen. Mit Blick auf die sozialen Medien müssen die Bürgerrechte erneuert und gesichert werden. Dies schließt einen Schutz vor Mobbing ebenso ein wie das Recht auf eine vollständige Löschung aller gespeicherten Daten.

Özoğuz:

Eine Globalüberwachung durch die USA und Großbritannien, wie sie derzeit im Raum

steht, ist inakzeptabel. Eine permanente Online-Durchsuchung für alle und für immer widerspricht nicht nur dem Grundverständnis der SPD sondern auch den Grundrechten unseres Landes. Wir wollen Sicherheit mit Augenmaß, keinen Überwachungsstaat. Deswegen müssen staatliche Eingriffe verhältnismäßig, auf konkrete Einzelfälle beschränkt sowie mit rechtsstaatlichen Sicherungen versehen sein. Die Grundrechte auf informationelle Selbstbestimmung und auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme müssen auch in der digitalen Welt gewahrt bleiben. Wir brauchen europäische und völkerrechtliche Regelungen, die das Ausspähen unter EU-Mitgliedsstaaten und Partnerländern verhindern. Wir brauchen auf europäischer Ebene eine wirksame Datenschutzgrundverordnung, um europaweit das Recht auf informationelle Selbstbestimmung durchzusetzen.

All dies macht die Medienkompetenzförderung und die Förderung des Selbstschutzes, beispielsweise durch den Einsatz von Verschlüsselungssystemen, nicht obsolet, im Gegenteil: Jeder muss wissen, wie er verantwortungsbewusst mit seinen Daten umgeht und wie er sich selbst schützen kann. Das ist zentraler Bestandteil von Medienkompetenz und digitaler Selbständigkeit.

4. Banken-, Schulden- und Wirtschaftskrise, Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit. Die Liste wird immer länger. Die Perspektiven verdüstern sich. Gerade für junge Menschen. In Europa sind 5,5 Millionen der bis 25-Jährigen ohne Arbeit. Wo wäre anzusetzen?

Hajduk:

Bei der Bekämpfung der europäischen Jugendarbeitslosigkeit ist die Bundesregierung überhaupt nicht glaubwürdig: Nachdem sie die Krisenländer zum eisernen Sparen und damit weiter in den Konjunkturabschwung getrieben hat, sollen diese nun mit der Einführung des dualen Berufsausbildungssystems ihre dramatische Jugendarbeitslosigkeit bewältigen. Solange sich aber die Betriebe und damit die Wirtschaft nicht erholen, hilft ein duales Berufsausbildungssystem den perspektivlosen Jugendlichen allein nicht weiter. Anstelle des einseitig starren Spardiktats braucht Europa zur Krisenbewältigung gezielte Konjunkturimpulse für Zukunftsbranchen und höheren Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Seeger:

Ein Ansatzpunkt liegt in der Bildung, auch in der frühkindlichen. Junge Menschen brauchen Möglichkeiten, sich zu entwickeln und ihre Potenziale zu entdecken. Diese müssen gefördert werden, anstatt einem sturen Lehrplan zu folgen. Auch junge Erwachsene unter 25 Jahren können sich selbstständig machen und ihre Ideen verwirklichen, anstatt auf einen Job zu hoffen, den es nicht gibt. Mit der richtigen Unterstützung tragen junge Menschen einen wichtigen Teil zur Wirtschaft und zur Entwicklung Europas bei. Dabei muss klar sein, dass eine Investition in die Bildung eine Investition in die Zukunft ist: Ein gesellschaftlicher Effekt zeigt sich erst nach der Ausbildungszeit, hat dann jedoch einen positiven Einfluss für unsere Volkswirtschaften, der die ursprünglichen Bildungsausgaben um

ein Vielfaches übersteigt. Ein zweiter Ansatzpunkt liegt in der Wirtschaftspolitik in Europa, die nicht nur gegen den Rat von Experten, sondern von unserer Regierung auch absichtlich ungerecht betrieben wird. Es hat sich in der Geschichte bewährt, dass zu Zeiten einer Rezession Schulden gemacht werden, um die Schwankungen der Weltwirtschaft abzufangen. Bis Mitte der 70er Jahre wurde dies in Deutschland erfolgreich umgesetzt. Auch in den vergangenen 20 Jahren gab es hier gute Ansätze, die jedoch nicht konsequent verfolgt wurden und daher nicht ihre Wirkung entfalten konnten. Deutschland und Europa brauchen hier eine gemeinsame, langfristige Einigung zur Stabilisierung der Wirtschaft anstatt eines Spardiktats in Krisenländern. Mit der derzeitigen Politik werden zugunsten Deutschlands die Infrastruktur, die Universitäten

und funktionierende Verwaltungen in anderen Staaten kaputtgespart, während Deutschland junge, gut ausgebildete Menschen aus Krisenländern anzieht. Dieser »Brain Drain«, also die Abwanderung der gebildeten Schichten z.B. nach Deutschland, wird die Probleme in den Krisenländern weiter verschärfen.

Weinberg:

Zunächst möchte ich der Aussage widersprechen, dass sich die Perspektiven verdüstern. Wie ich bereits erwähnte, haben wir hier in Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Es gibt mehr Ausbildungsplätze als junge Bewerber und noch nie gab es so viele Hochschulabsolventen wie jetzt. Trotz Euro- und Wirtschaftskrise kann Deutschland eine wachsende Wirtschaft vorweisen und die Beschäftigungszahl hat 2012 einen historischen Höchststand erreicht. Die verfügbaren Einkommen sind in den letzten Jahren um durchschnittlich rund 3% pro Jahr gestiegen – unter anderem durch die Reduzierung der Rentenversicherungsbeiträge, die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Abschaffung der Praxisgebühr. Gleichzeitig schließt sich die Einkommensschere wieder.

Ich möchte aber betonen, dass es darauf ankommt, diesen Erfolgskurs weiter zu halten. Als wichtigstes Instrument sehe ich hier eine gute Bildungspolitik, die den Jugendlichen gute Chancen für ihre persönliche und berufliche Zukunft schafft. Da befinden wir uns auf einem guten Weg.

Die Lage in einigen unserer europäischen Nachbarländer sieht da allerdings deutlich schlechter aus. Hohe Staatsverschuldung und hohe Arbeitslosenzahlen, insbesondere bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie schlechte wirtschaftliche Prognosen für die kommenden Jahre. Da können wir nicht tatenlos zusehen. Daher bin ich sehr froh, dass sich der EU-Jobgipfel Anfang Juli auf Einladung der Bundeskanzlerin mit dem Thema der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt hat und am Ende weitere zwei Milliarden Euro zusätzliche Mittel zu den bereits sechs Milliarden Euro angekündigt wurden. Laut der Arbeitsministerin, Dr. Ursula von der Leyen, könnten es sogar 24 Milliarden werden, wenn man Gelder aus laufenden EU-Strukturfonds hinzuzählt.

Doch die Bundesregierung ist nicht nur bereit, mehr Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beizusteuern, sondern hat auch einige konkrete Projekte umgesetzt, wie beispielsweise das Sonderprogramm »MobiPro-EU«. Ziel des Programms ist es, durch eine duale Ausbildung Jugendlichen aus den EU-Staaten Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland zu eröffnen. Hierfür stehen seit Anfang des Jahres bis zum Jahr 2016 139

Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich haben wir noch vor der Sommerpause ein Gesetz verabschiedet, welches die duale Ausbildung als Erfolgsmodell durch Kooperation mit weiteren europäischen Staaten exportieren soll. In diesem Sinne werden die bewährten Instrumente der beruflichen Bildung eingesetzt und ausgebaut. Flankiert werden diese Maßnahmen durch den Aufbau und die Ausstattung von Berufsschulen und Technologiekompetenzzentren, die Entwicklung von Finanzierungsmodellen, die Vernetzung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage sowie begleitende Organisationsentwicklung.

Müller-Sönksen:

Deutschland ist Vorreiter bei der Reduzierung der Kinderarmut, die in der Regierungszeit von Union und FDP um 250.000 Kinder zurückging, und ist europaweit Spitzenreiter mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit. Grund dafür ist neben einer guten Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik auch ein bewährtes und gut funktionierendes duales Ausbildungssystem. Mit Programmen wie »Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss« rücken wir Jugendliche in den Focus, die zusätzliche Unterstützung auf dem Weg zu einem Schulabschluss oder Ausbildungsabschluss benötigen. Mit Rekordinvestitionen von über 13 Mrd. Euro in Bildung und Forschung helfen wir außerdem Jugendlichen, die ein Studium aufnehmen wollen, beispielsweise mit der BAföG-Reform, dem Hochschulpakt II oder dem Deutschlandstipendium.

van Aken:

Es müssen endlich diejenigen für die Krise bezahlen, die sie verursacht haben. Die Jongleure auf den Finanzmärkten haben uns diese Krise eingebrockt, und Merkel und der EU fällt nichts anderes dazu ein, als ganze Gesellschaften dafür in Haftung zu nehmen. Gerade die junge Generation wird durch den immer weiteren Abbau des Sozialstaats massiv belastet, da in ihre Zukunft nicht mehr investiert wird. Während immer mehr Menschen von Niedriglöhnen leben müssen oder gar keine Arbeit haben, und junge Menschen keinen Ausbildungsplatz bekommen oder ein Studium schlichtweg nicht finanzieren können, besitzen auf der anderen Seite 10 Prozent der Bevölkerung über 6 Billionen Euro – 6 Billionen! Deshalb wollen wir umverteilen. Die Finanzmärkte müssen reguliert werden, und die wirklich Reichen sollen einen Teil ihres Vermögens abgeben, damit mit diesem Geld unser Gemeinwesen gerecht gestaltet werden kann und der Sozialstaat wieder aus- anstatt immer weiter abgebaut wird. Für kostenfreie Bildung und Ausbildung für alle, für BAföG und gebührenfreies Studium, für genügend Kita-Plätze,

für den Ausbau von Jugendfreizeiteinrichtungen, um nur einiges zu nennen.

Özoğuz:

Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit muss eine gemeinsame Priorität der europäischen Politik sein. Es waren vor allem Sozialdemokraten, die darauf gedrungen haben, dass es jetzt immerhin einen Beschluss für eine europäische Jugendgarantie und zusätzliche Mittel für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit gibt. Die für die europäische Jugendgarantie bisher vorgesehenen rund 6 Milliarden Euro bis 2020 stellen einen ersten Schritt dar, bis 2020 braucht es aber mindestens 21 Mrd. Euro. Denn nur so gäbe es eine echte Jugendgarantie, die allen Jugendlichen eine Beschäftigung, Ausbildung oder ein Praktikum garantiert. Darüber hinaus fordern wir ein Sofortprogramm zur Schaffung von jährlich 500.000 zusätzlichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in den kommenden drei Jahren durch eine Gemeinschaftsaktion von Unternehmen, Gewerkschaften und den EU-Mitgliedsstaaten.

Viel zu viele junge Menschen haben leider einen schlechten Berufseinstieg. Für sie sind die Regulierung von Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einführung eines Mindestlohns wichtig. Wir werden den Missbrauch von Praktika wirkungsvoll bekämpfen, indem wir Mindeststandards einführen. Wir fordern außerdem einen Vertrag, eine Mindestvergütung, ein qualifiziertes Zeugnis sowie bei Praktika, die nicht Teil der Berufsausbildung sind, die Befristung auf maximal drei Monate.

2012 befanden sich mehr als 266.000 Jugendliche in Maßnahmen des sog. Übergangsbereiches zwischen Schule und Ausbildung ohne konkrete Aussicht auf einen qualifizierenden Abschluss. Mit dem Recht auf Ausbildung wollen wir das Übergangssystem perspektivisch überwinden: »Kein Abschluss ohne Anschluss« ist unser Ziel. Zentrale Voraussetzungen sind der systematische Ausbau der persönlichen Begleitung und nachhaltigen Beratung in den Schulen, die betriebliche Einstiegsqualifizierung als gezielte Fördermaßnahme und die Weiterentwicklung des regionalen und kommunalen Bildungsmanagements.

Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen besondere Förderung. Für sie wollen wir ein Sofortprogramm »2. Chance auf Berufsausbildung« auflegen, das mit passgenauen Instrumenten auf die speziellen Lebenslagen der jungen Menschen reagiert und sie zum Ausbildungsabschluss führt. Wir wollen, dass das Nachholen eines Schulabschlusses finanziell gefördert wird.

5. Jugendpolitik. Die Bundesregierung setzt sich für eine eigenständige Jugendpolitik ein, um die politische Zuständigkeitszersplitterung aufzuheben und Jugend nicht als »Risikogruppe« in diversen Ressorts anzusehen. Wo wäre auf Bundesebene anzusetzen, um die Phase des Aufwachsens zu mündigen Bürgern als übergreifende Jugendpolitik zu fördern?

Hajduk:

Endlich, nach langen Debatten, hatte das Bundesjugendministerium die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik gestartet. Jahrelang haben wir Grüne dies gemeinsam mit zahlreichen Jugendverbänden und Fachleuten gefordert. Die bisherigen Entwicklungen gehen jedoch ausschließlich auf das Engagement der Jugend(hilfe)verbände zurück. Im Bereich der Jugendpolitik ist die schwarz-gelbe Bundesregierung weitestgehend ideen- und tatenlos. Unter einer eigenständigen Jugendpolitik verstehen wir eine Politik, die eine reflektierte Vorstellung von der Rolle und der Bedeutung von Jugend in unserer Gesellschaft hat. Denn es gibt sie nicht, die eine Jugend.

Die Generation der heutigen Jugendlichen ist zutiefst gespalten. Viele schauen mit Optimismus in ihre Zukunft, andere aber sind bereits überzeugt, auf der Schattenseite zu stehen. Die Chancenungleichheit, die in frühen Lebensjahren durch ein leistungsschwaches Bildungssystem nicht ausgeglichen werden kann, verbaut diesen jungen Menschen ihre Zukunft. Hier muss kontinuierlich gestützt und gefördert werden. Zudem sehen sich Jugendliche immer höherem Druck ausgesetzt: Bildung muss auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, jede Minute Freizeit wird verplant und freie Zeit, die selbst gestaltet werden kann, wird zur Mangelware. Dabei brauchen gerade junge Menschen Freiräume, um sich auszuprobieren, um unter sich zu sein, sich zu treffen und auszutauschen. Wir wollen jungen Menschen diese benötigten Freiräume wieder öffnen und streben dazu die dringend notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung an.

Jugendliche sind in besonderem Maße auf die Infrastruktur vor Ort angewiesen. Vielfältige Jugendhilfeangebote, eine starke Jugendarbeit und die Unterstützung für Formen der Selbstorganisation ermöglichen jungen Menschen mehr Teilhabe. Wir wollen die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Beratungsstellen für junge Menschen sichern. Dazu werden wir den Kinder- und Jugendplan des Bundes weiterentwickeln und ausbauen. So hat unsere Bundestagsfraktion in dieser Wahlperiode bei den Haushaltsberatungen gefordert, dass die vorgenommenen Kürzungen zurückgenommen werden und dass sichergestellt wird, dass

alle Programmteile des Kinder und Jugendplans angemessen finanziell ausgestattet werden.

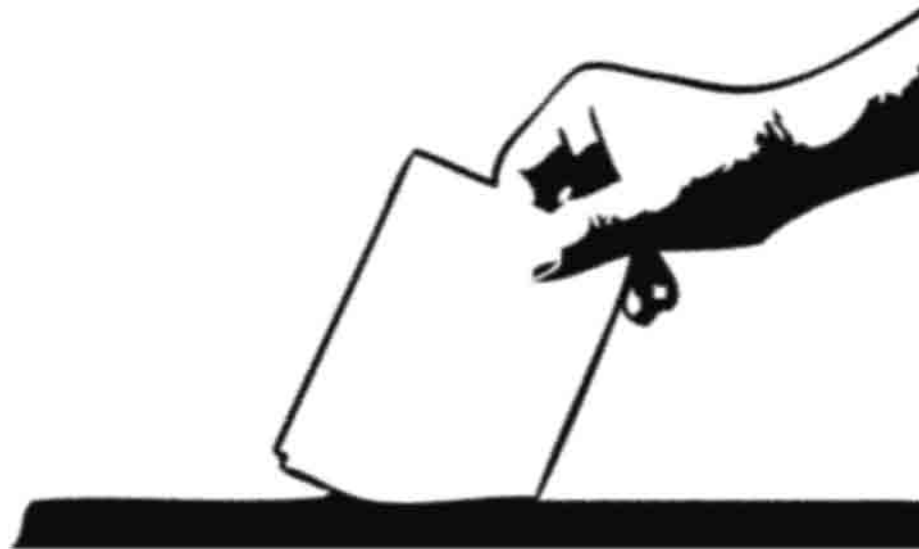
Seeger:

Jugendpolitik bedeutet für uns vor allem Politik mit der Jugend und ohne Bevormundung. Zu dem Verständnis, was Kinder und Jugendliche benötigen und was sie wollen, braucht es Gespräche und Angebote. Dies kann vor Ort gemeinsam mit Organisationen und Bildungseinrichtungen geschehen, aber auch über Onlinemedien. Insbesondere sollten freie Träger, die bereits in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, mit eingebunden werden. Entscheidend ist, dass Kinder und Jugendliche ihre eigenen Ideen einbringen können und hier nicht auf Erwachsene als Vertreter angewiesen sind. Exemplarisch im negativen Sinne erleben wir dies beim Jugendschutz, der in Deutschland stark auf moralische Bevormundung und »Bewahrung« ausgelegt ist, obwohl durch Verbote besonders im Internet keine Probleme gelöst werden. Hier müssen wir Jugendliche als mögliche mündige Bürger ernst nehmen und aufklären statt verbieten. Auch eine Senkung des Wahlalters wäre eine solche Aufwertung junger Menschen. Auf kommunaler Ebene und in einigen Ländern gibt es hier positive Experimente, die unbedingt auf die Bundesebene erweitert werden sollten.

Weinberg:

Die Lebensphase der 14- bis 25-Jährigen ist

durch viele neue Aufgaben und sich laufend ändernde Lebensumstände gekennzeichnet. Eine eigenständige Jugendpolitik ist daher für uns von großer Bedeutung. Wir wollen, dass jeder einzelne Jugendliche in seinen Fähigkeiten optimal gefördert wird, damit jeder Jugendliche die Chance auf eine gute Zukunft hat. Während in der Vergangenheit die Kinder- und Jugendpolitik als ein gemeinsamer Politikbereich angesehen wurde, wird diese Betrachtungsweise den komplexen Lebenswelten von Jugendlichen heute nicht mehr gerecht. Deshalb enthielt bereits der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP aus dem Jahr 2009 die Forderung nach einer eigenständigen Jugendpolitik. Seitdem ist es Aufgabe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) als »Partner der Jugendlichen«, die Entwicklung der eigenständigen Jugendpolitik als gesellschaftliche Zukunftspolitik mit Unterstützung aller Ressorts voranzutreiben. Unter Federführung des BMFSFJ wurde eine »Allianz für Jugend« als breites gesellschaftliches Bündnis gegründet. Sie soll konkrete Vorschläge für eine eigenständige Jugendpolitik entwickeln. Dies wollen wir in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen. Erinnert sei hier nur an die Initiative »Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss«. Ihr Ziel ist es, dass möglichst viele Jugendliche einen Schulabschluss und einen Berufsabschluss erreichen. Tatsächlich ging der Anteil der Schüler/innen ohne Abschluss zwischen 2006 und 2011 von 8% auf 6,2% zurück.



Müller-Sönksen:

Die eigenständige Jugendpolitik läuft ja bereits und zwar mit genau dem Ansatz, den auch Sie betonen: Gerade die FDP hat darauf gedrängt, Jugendliche nicht nur als »Koma-Trinker« oder »Computerspieler« zu sehen, nicht nur als Risikogruppen, sondern als das, was die heutige Generation der Jugendlichen ist: Normale junge Menschen, die ihre Chancen im Leben suchen und wahrnehmen wollen. Das ist auch die Aufgabe der eigenständigen Jugendpolitik und der »Allianz für Jugend«. Dabei werden alle jugendrelevanten Akteure (Jugendverbände, Medien, Politik, Jugendhilfe) beteiligt.

Bei der eigenständigen Jugendpolitik geht es um viel mehr als einzelne Programme – es geht darum, sich von der bisher dominanten defizitorientierten Jugendpolitik zu verabschieden und zu einer beteiligenden, junge Menschen ernst nehmenden Jugendpolitik zu kommen. Mit dem Führerschein ab 17, der Sommerferienregelung im ALG II und der Verlängerung des Programmes »Schulverweigerung – die 2. Chance« bis 2014 haben wir bereits eine Menge getan. Dieser Ansatz wird ressortübergreifend weitergeführt. Die Allianz für Jugend wird noch weit in die nächste Wahlperiode hineinreichen.

van Aken:

Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Arbeit vor Ort und der Lösung der sozialen Frage. Hier muss die Politik der Bundesregierung ansetzen. Daher braucht es neben einer Kindergrundsicherung vor allem eine soziale Infrastruktur vor Ort in Form von Jugendarbeit und Jugendzentren, Beratungseinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten, eine Infrastruktur, die auf Jugendliche zugeht und allen Jugendlichen offen steht. Diese soziale Infrastruktur muss von den Kindern und Jugendlichen mitgestaltet werden können. So wird Demokratie

auf den unterschiedlichsten Ebenen gelernt! Jugendverbänden kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, aber auch den öffentlichen Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen oder dem umfangreichen Vereinswesen. Das alles braucht politischen Willen und kostet Geld. Bei der jetzigen Bundesregierung ist der Wille nicht vorhanden, und das nötige Geld wird einfach nicht bereitgestellt. Hier verfolgt Die Linke einen grundsätzlich anderen Ansatz: Wir wollen die Bund-Länder-Kommunalfinanzen neu sortieren, damit in allen Kommunen genügend Geld zur Verfügung steht, um eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche zu errichten. Darüber hinaus fordert Die Linke ein Sonderprogramm zum Wieder- und Neuaufbau weggebrochener Strukturen in der Jugendarbeit. Wir müssen den Kinder- und Jugendplan des Bundes, den KJP, massiv aufstocken und inhaltlich überarbeiten. Seit 10 Jahren wurde beim KJP nur gekürzt und ihm gleichzeitig immer weitere Aufgaben zugeschoben. Wir müssen die Jugendverbandsarbeit vielmehr stärken, indem wir den Jugendverbänden die Ressourcen in die Hand geben, sich weiterentwickeln zu können und ihnen Planungssicherheit geben. Für Die Linke ist aber auch zentral, dass Jugendpolitik die soziale Frage ebenso wie umfangreiche Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche beinhaltet. Das wird sich in unserem umfassenden Konzept zur Jugendpolitik widerspiegeln, welches wir gemeinsam mit den Betroffenen in der kommenden Wahlperiode entwickeln werden.

Özoğuz:

Für die SPD sind eine starke Jugendpolitik sowie starke Jugendverbände notwendig. Zentrale Förderinstrumente sind die Kinder- und Jugendpläne von Bund und Ländern. Deshalb setzen wir uns u.a. für eine ausreichende Förderung

bundeszentraler Infrastruktur der Jugendverbände ein. Zum guten Aufwachsen brauchen junge Menschen verlässliche Strukturen und gute Angebote für Bildung, Freizeitgestaltung, Mobilität oder Zugang zum Internet. Es ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen aufrechterhalten und neu schaffen zu können. Wir wollen kurzfristig einen Investitionspakt von Bund und Ländern realisieren, von dem insbesondere finanzschwache Kommunen mit Haushaltsnotlagen profitieren sollen.

Die SPD hat 2012 mit dem Beschluss »Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben!« (Drs. 17/12063) ausführliche jugendpolitische Positionen und Forderungen vorgelegt. Wir verstehen Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld. Ein zentrales Instrument sind die Strukturen der Jugendverbandsarbeit. Wir wollen Vereine, Jugendverbände, Jugendinitiativen und Jugendzentren in ihren Strukturen fördern und stärken. Sie leisten wichtige Beiträge im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik.

Der SPD ist auch das freiwillige Engagement junger Menschen wichtig. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen dafür gezielt verbessern. Wir werden gesellschaftspolitisches Engagement in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des Bafög dem hochschulpolitischen Engagement gleichstellen. Zudem werden wir prüfen, wie wir Auszubildenden mehr Zeitautonomie für gesellschaftspolitisches Engagement geben können.

6. Bildung und Freiräume. Das jugendliche Ehrenamt, und damit der Freiraum für informelles Lernen, kommt immer mehr unter die Räder durch die Ausweitung (Ganztagsschule) und zeitliche Verdichtung (G8, Bachelor- und Mastersystem) in den formalen Bildungssektoren. Jugend aber braucht Freiräume. Wie sind diese – jenseits der Länderzuständigkeit für Bildung – auf der Bundesebene zu sichern und zu fördern?

Hajduk:

Grünes Ziel ist es, flächendeckend Ganztagschulen aufzubauen, die barrierefrei sind und in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen, ihre Kreativität entfalten und überhaupt

Neues entdecken können. Ganztagschulen sollen dabei gerade auch außerschulische Sport-, Kultur- und Jugendangebote einbeziehen und Freiräume für Selbstorganisation von jungen Leuten bieten.

Dennoch brauchen Kinder und Jugendliche

natürlich auch Freiräume außerhalb der Schule. Das zu regeln – beispielsweise in Form eines freien Nachmittags – liegt allerdings nicht in der Bundes- sondern in Landeskompetenz.

Wir setzen uns ein für den Erhalt der ver-

schiedenen Jugendprogramme auf EU-Ebene und wollen zivilgesellschaftliches Engagement durch Freistellungen und Sonderurlaube in Betrieben, öffentlicher Verwaltung und Schulen für Jugendliche unterstützen. Die Kürzungen im Bereich der politischen Bildung und bei Jugendverbänden müssen zurückgenommen und stattdessen vermehrt in politische Bildung und vor allem in nichtformale Bildung zum Beispiel durch Organisationen der freien Jugendarbeit investiert werden.

Seeger:

Der Charakter der Jugendzeit als Periode besonderer Freiheit muss unbedingt erhalten bleiben und in besonderer Weise geschützt werden. Auf Bundesebene kann das beispielsweise durch Beeinflussung der Länder gegen radikale Einschnitte in die Freizeit der Schüler passieren. Dazu muss der Bund genügend freiwillige Freizeitangebote für Jugendliche zur Verfügung stellen, sowohl innerhalb der Ganztagschule als auch im Bereich von Vereinen und öffentlichen Trägern. Gleichzeitig muss auf Bundesebene eine bürokratische Erleichterung für Treffs, Organisationen und Vereine erreicht werden, die das jugendliche Ehrenamt ohne große Barrieren ermöglicht.

Weinberg:

Wir treten grundsätzlich für ein Abitur nach acht Jahren ein. Auf diese Weise erreichen wir eine Verkürzung der Ausbildungszeiten. Außerdem schaffen wir Freiräume, die die jungen Erwachsenen für soziales oder ökologisches Engagement und Auslandsaufenthalte zur Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse nutzen können, wie z.B. beim Bundesfreiwilligendienst. Allerdings liegt die Zuständigkeit für Bildungsfragen, und damit auch für die Gymnasialdauer, bei den Bundesländern. Deshalb respektieren wir, dass die unionsregierten Länder mit Blick auf die Gymnasialzeit unterschiedliche Wege gehen.

Durch die Förderung von verschiedenen Trägern der Jugendhilfe schafft die Bundesregierung über das BMFSFJ die infrastrukturellen Bedingungen für ein freiwilliges Engagement von Jugendlichen. Das Förderinstrument hierzu ist der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), der seit seiner Einführung im Jahr 1950 immer flexibel einsetzbar war und es so ermöglichte, schnell auf neue Herausforderungen zu reagieren. Die Finanzierung über den KJP haben CDU und CSU trotz der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung in dieser Legislaturperiode sichergestellt. Auch in Zukunft wird die Finanzierung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auskömmlich gestaltet werden.

Müller-Sönksen:

Engagement lebt von seiner Freiwilligkeit; unsere Demokratie lebt von aktiv engagierten Bürgern/innen. Als Liberale fördern wir das Engagement, weil bürgerschaftliches Engagement praktizierter Gemeinsinn ist. Hierbei liegt uns das Engagement junger Bürger besonders am Herzen. Als ersten wegweisenden Schritt in der Engagementpolitik hat die Koalition die »Nationale Engagementstrategie« 2010 verabschiedet. Engagement soll besser gefördert, stärker vernetzt und allen zugänglich gemacht werden und eine lebendige Anerkennungskultur entstehen. Danach wurde in 2011 mit der Schaffung des BFD und dem enormen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste ein bedeutender Akzent gerade für die jüngeren Engagierten gesetzt.

Wir haben 2012 den Ersten Engagementbericht »Für eine Kultur der Mitverantwortung« für Deutschland erstellt, der Bedeutung und Wert des bürgerschaftlichen Engagements für eine moderne Gesellschaft und ihre Wandlungsprozesse hinterfragt und einen besonderen Focus auf das Engagement von Unternehmen legt.

Mit dem neuen Ehrenamtsgesetz haben wir dann 2013 für Vereine und Engagierte deutliche steuerrechtlichen Erleichterungen geschaffen, Bürokratie abgebaut und Haftungsrisiken begrenzt. Das Ehrenamtsgesetz bildet einen praktikablen und transparenten Rechtsrahmen, stärkt und würdigt die Tätigkeit von über 23 Millionen engagierten Bürgern in fast 600.000 Vereinen und rund 19.000 Stiftungen. Dazu haben wir die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale auf 2.400 bzw. 720 Euro erhöht und beispielsweise Haftungsrisiken für Engagierte beseitigt.

Bei der Bürgerbeteiligung im Netz war die von uns geforderte Enquete-Kommission »Internet und Digitale Gesellschaft« des Bundestages eine Vorreiterin. Im europäischen Vergleich steht Deutschland glänzend bei nicht nur in der Zahl seiner Engagierten, sondern auch bei den Rahmenbedingungen des Engagements dar. In der kommenden Legislaturperiode werden weitere Projekte forciert, aus FDP-Sicht wird dies der weitere Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Engagement aber auch der Weg zur mehr direkter Demokratie in unserer Gesellschaft sein.

van Aken:

Kinder und Jugendliche müssen wieder mehr Freizeit im Alltag haben, und sie müssen vor dem Verwertungs-, Konkurrenz- und Leistungsdruck in dieser Gesellschaft geschützt werden. Das heißt unter anderem, dass wir G8 beerdigen und den Studierenden mehr Zeit für ihr Studium geben müssen – nicht zuletzt um

ihnen den Freiraum für soziales Engagement zu geben. Und natürlich müssen junge Menschen frei von Existenzangst und Armut aufwachsen und sich entwickeln können – womit wir wieder bei der sozialen Frage sind. Vereine und Jugendorganisationen sind ein wichtiges Feld für die Herausbildung sozialer Grundkompetenzen und die persönliche Entfaltung der Heranwachsenden. Das außerschulische Engagement muss deshalb in einem umfassenden Bildungskonzept stärker als bisher berücksichtigt werden. Bildungsreformen, die die Arbeitsbelastung in Schule oder Studium weiter erhöhen, stehen diesem Ziel entgegen und erschweren das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen. Es müssen also strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die informelles Lernen und soziales Engagement, etwa in Ehrenämtern, möglich machen und fördern. Eine schulische Belastung von mehr als 30 Wochenstunden, die Fülle der Leistungsnachweise in den Bachelor- und Masterstudiengängen müssen dementsprechend auf den Prüfstand. Dasselbe gilt für den Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Özoğuz:

Die großen Herausforderungen, vor denen wir in der Bildung stehen, erfordern neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Wir wollen einen kooperativen Bildungsföderalismus schaffen, indem wir das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz aufheben und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden. Ab 2014 wollen wir die staatlichen Bildungsausgaben erhöhen und schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Diese Mittel werden maßgeblich dazu beitragen, schulische wie universitäre Bildungsangebote zu verbessern.

Wir wollen durch mehr und bessere Ganztagsangebote und längeres gemeinsames Lernen mehr Chancengleichheit erreichen. Und wir wollen im Rahmen eines zweiten Ganztagschulprogramms die Qualität der Angebote verbessern und das erforderliche Lehr- und Fachpersonal fördern. Gute Ganztagschulkonzepte berücksichtigen das Spannungsfeld zu außerschulischen Freizeitangeboten u.a. der freien Jugendarbeit oder der Sportvereine. Die nicht immer vermeidbaren Zeitkonkurrenzen dürfen nicht dazu führen, dass Schule das Freizeitverhalten sozusagen »monopolisiert« und für die persönliche, soziale wie körperliche Entwicklung unverzichtbare frei gestaltbare außerschulische Aktivitäten und Interessen verdrängt.

7. Und schließlich: Gibt's gute Gründe für junge Menschen Ihre Partei zu wählen?

Hajduk:

Bündnis 90 / Die Grünen sind die Partei, die für ein besseres Morgen streitet: Das heißt, dass wir unsere Probleme heute lösen und sie nicht den kommenden Generationen überlassen. Konkret: Den Abbau von Schulden werden wir mit Nachdruck voranbringen, Maßnahmen gegen den Klimawandel treffen und die Energiewende vorantreiben und für ein zukunftsfähiges Europa streiten.

Wir Grüne sind die Partei der Chancengerechtigkeit: Alle jungen Menschen sollen die Chance haben, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, egal ob ihre Eltern wohlhabend und gebildet sind oder nicht. Deshalb werden wir für mehr und vor allem bessere Kita-Plätze sorgen und die Länder dabei unterstützen, gute Schulen aufzubauen, in denen die Kinder ganztägig und auch möglichst lang gemeinsam lernen können.

Wir wollen Menschen Mut machen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und sich in unserer Gesellschaft aktiv einzumischen. Wir nehmen die Anliegen von jungen Menschen ernst. Sie sollen mitmischen, wenn es um ihre Zukunft geht, sei es um die Gestaltung ihrer Schule oder um die Frage, ob sie den Spielplatz abends nutzen können, um sich zu treffen. Und genauso auch, wenn es um Maßnahmen gegen den Klimawandel und ein Eindämmen der Neuverschuldung geht. Wir wollen mit einer Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre Kinder und Jugendliche stärken. Außerdem soll es flächendeckend echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche geben und sich Schulen und Kitas zu Lernorten für die Demokratie entwickeln, an denen Kinder und junge Menschen erfahren, dass ihre Meinung zählt.

Seeger:

Wir als Piratenpartei bringen frischen Wind in die Hinterzimmer der etablierten Politik. Junge Menschen sollen selbst aktiv an ihrer Zukunft mitarbeiten können. Im Gegensatz zu anderen Parteien, kennen wir »dieses Internet« und auch die Bedürfnisse der Benutzer – wir sehen es nicht als #Neuland, sondern als eine gerade bei Jugendlichen beliebte und anerkannte Plattform zur Kommunikation, Bildung und Freizeitgestaltung. Auch Videospiele sind keine Gefahr an sich, sondern gleichermaßen Medium, Unterhaltung und Kunst. Als sehr junge Partei (sowohl vom Altersdurchschnitt als auch vom Bestehen her) fällt es uns leichter, Vorgänge, Entwicklungen und Situationen in einem neuen Licht zu betrachten und zu hinterfragen. Daher ist nur mit der Piratenpartei ein Kurswechsel in der Politik zu schaffen, während die etablierten Parteien an ihren Überzeugungen festhalten, ohne diese im Dialog mit dem Bürger aktiv zu hinterfragen.

Wir werden nach der Bundestagswahl keine Regierungspartei sein, aber wir werden offenlegen, was heute dem Bürger noch verschwiegen wird und damit eine ganz neue Partizipation der Bürger ermöglichen. Nicht zuletzt streben wir auch einen praktischen Politikwechsel an, indem wir aktiv gegen Lobbyismus, leere Parlamente (»Pairing«) und andere politische Spielereien vorgehen möchten sowie gleichzeitig einen bundesweiten Volksentscheid vorantreiben. Zudem sehen wir gesellschaftliche Realitäten klarer als Parteien, die seit Jahrzehnten einem Ideal hinterherlaufen, das im letzten Jahrtausend entstanden ist. Wir sehen die Notwendigkeit, die Drogenpolitik zu reformieren, in der Familienpolitik mehr Vielfalt zuzulassen und Menschen ohne Eltern mit deutscher

Staatsbürgerschaft endlich als Bürger Deutschlands anzuerkennen.

Weinberg:

Aber selbstverständlich! Die CDU/CSU-Fraktion hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass ihre Bildungs- und Jugendpolitik Erfolge hervorbringt, die mit aussagekräftigen Zahlen belegbar sind. Wir stehen für eine Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik und wollen auch in Zeiten von Wirtschaftskrise und trotz Schuldenabbau weiterhin in die Ausbildung unserer Jugend investieren. Sie ist nämlich der Garant für den künftigen Erfolg der Bundesrepublik.

Müller-Sönksen:

Der politische Liberalismus braucht eine parlamentarische Stimme. In Deutschland ist diese Stimme die FDP. Die Staatsschuldenkrise in Europa hat gezeigt, dass die Situation der öffentlichen Haushalte eine große Bedrohung für die wirtschaftliche Situation junger Menschen in Deutschland und Europa darstellt. Ich finde es unerträglich, dass Deutschland mehr Geld für Zinsen als für Bildung ausgibt. Die Konsolidierung öffentlicher Haushalte hat daher oberste Priorität – auch gegenüber Steuersenkungen. Das verlangt die Generationengerechtigkeit. Wir dürfen nicht heute das Geld ausgeben, das zukünftige Generationen erst noch verdienen müssen. Die FDP ist die einzige Partei, welche die Staatsausgaben ernsthaft senken will.

van Aken:

Definitiv, ein paar gute Gründe habe ich ja schon genannt, siehe oben. Aber Die Linke setzt sich zum Beispiel auch für das Wahlrecht ab 16 ein, bestimmt für viele ein guter Grund, uns zu wählen. Vielen jungen Menschen brennt allerdings nicht nur ihre eigene Lebenssituation unter den Nägeln. Sie wollen nicht nur für sich selbst mehr Gerechtigkeit, sondern auch für andere und das weltweit. Weltweite Armutsbekämpfung, eine friedliche internationale Politik anstelle von immer mehr Kriegseinsätzen und eine umweltschonende Wirtschaftspolitik, die nicht mehr Profitmaximierung über alles andere stellt. Für all das steht Die Linke.

Özoğuz:

Aus unserer Sicht gibt es viele gute Gründe, die SPD zu wählen. Einige davon finden sich bereits in der Beantwortung der gestellten Fragen – die anderen in unserem Regierungsprogramm. Und was die Teilhabe betrifft: Wir setzen uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein.



Wie viele können wählen?

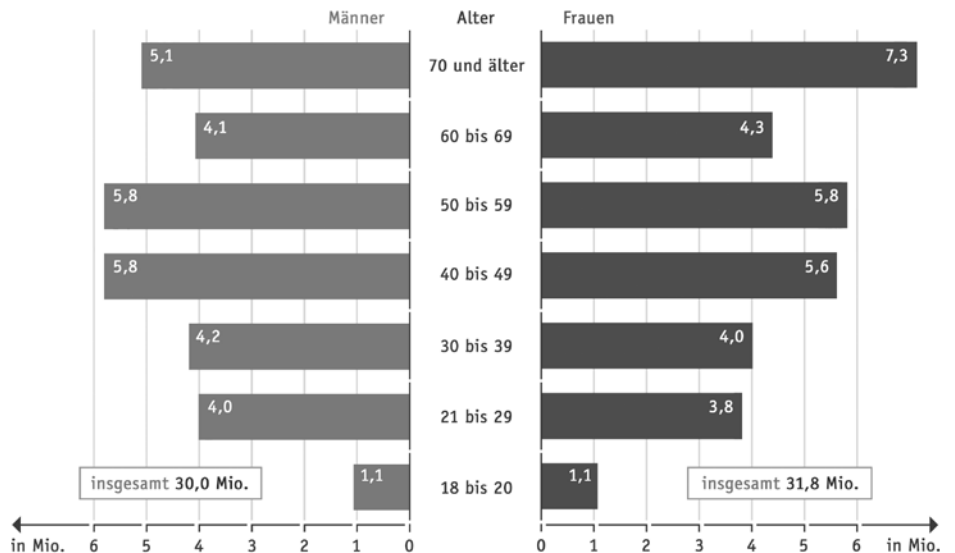
Und wie viele haben es bislang getan?

Wahlberechtigte: Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013 werden nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes im Bundesgebiet etwa 61,8 Millionen Deutsche wahlberechtigt sein, davon 31,8 Millionen Frauen und 30,0 Millionen Männer. Damit ist die Zahl der Wahlberechtigten etwas geringer als bei der letzten

Bundestagswahl 2009, als rund 62,2 Millionen Personen zur Wahl aufgerufen waren. Zu den Wahlberechtigten gehören etwa 3,0 Millionen Erstwähler, die seit der letzten Bundestagswahl volljährig geworden sind. Dies umfasst alle jungen Deutschen, die in der Zeit vom 28. September 1991 bis zum 22. September 1995 geboren wurden.

Wahlberechtigte

Nach Geschlecht und Alter, in absoluten Zahlen, Bundestagswahl 2013 (geschätzt)



1) Ohne Rücksicht auf die Endsumme wurde auf beziehungsweise abgerundet. Dadurch können sich bei der Summierung der Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.
Quelle: www.bundeswahlleiter.de

Sinkende Wahlbeteiligung: Die Wahlbeteiligung bei einer Wahl errechnet sich aus der Anzahl der bei einer Wahl abgegebenen Stimmen im Verhältnis zu der Gesamtheit der Wahlberechtigten. Sie gilt als Indikator für den Grad der politischen Beteiligung und des politischen Interesses. Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist zwar im internationalen Vergleich hoch, sank jedoch zwischen 1972 und 1990 von 91,1 auf 77,8 Prozent – und lag

nach kurzem Zwischenhoch ab 2002 wieder unter der 80-Prozent-Marke. Im Durchschnitt aller Bundestagswahlen von 1953 bis 2009 waren die 60- bis unter 70-Jährigen und die 50- bis unter 60-Jährigen die Altersgruppen mit der höchsten Wahlbeteiligung. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung bei den 21- bis unter 25-Jährigen und seit der Einführung des Wahlrechts ab 18 Jahren zur Bundestagswahl 1972 bei den unter 21-Jährigen.

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen

In Prozent der Wahlberechtigten, Bundestagswahlen 1953 bis 2009



Quelle: Der Bundeswahlleiter: www.bundeswahlleiter.de
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

Wo was finden?

Die Linkliste zur Wahl

Lust auf mehr? Mehr zu Wahlthemen, News, Positionen und Analysen? Unsere Linkliste bietet direkte Zugriffe für eine spannende und informative Lesereise rund um die Bundestagswahl 2013. (Tipp: Wer sich das Eintippen der vielen Links sparen möchte, surft direkt von den Online-Seiten von punktum weiter: ljr-hh.de/punktum.399.0.html)

Der Bundestag im Netz

Alle Abgeordneten, alle Beschlüsse, alle Sitzungsprotokolle, eine riesige Mediathek, ein Bundestags-ABC und und und... Kurzum, alles aus dem Deutschen Bundestag unter: bundestag.de

Jugendportal des deutschen Bundestags

Es geht auch frischer. mitmischen.de, das Jugendportal des deutschen Bundestages, bietet Diskutieren, Verstehen, Erleben. So lauten die Rubriken, die Einblicke geben in die Aufgaben, Themen und Arbeit des Bundestages. Und wenn Du direkt vor Ort mal reinschnuppern möchtest, findest Du Angebote wie Besuche oder Workshops in Berlin. mitmischen.de

Wahlinfos für Hamburger/innen

Wo erhalte ich die Briefwahlunterlagen? Wo sind die Wahllokale? Wie wählen Seeleute auf großer Fahrt? Werden noch Wahlhelfer gesucht? Alles rund um Hamburg, die Bundestagswahl und den Volksentscheid unter: hamburg.de/wahlen

Direktkandidaten/innen im Check

Wofür stehen die Direktkandidierenden der

Parteien in Deinem Wahlkreis? Wie positionieren sie sich? Erstmals steht unter abgeordnetenwatch.de ein »Kandidaten-Check« zur Online-Nutzung bereit. Einfach die Postleitzahl eintippen, den eigenen Wahlkreis auswählen und los geht's mit einem Thesenkatalog. Ähnlich dem Wahl-O-Mat-Verfahren kannst Du Dich selbst zu diesen Thesen positionieren und siehst nach Deiner Antwort, was die Direktkandidaten/innen dazu zu sagen haben.

kandidatencheck.abgeordnetenwatch.de/auswahl.html

Gründlich: fast alles zur Wahl

Er hat den Überblick: der Bundeswahlleiter. Dieser überwacht die »ordnungsgemäße Durchführung der Wahl«, koordiniert sie organisatorisch, hat alle Unterlagen, sammelt die Wahlprogramme der Parteien, informiert über das Wahlgesetz – und bietet all das auf seiner Website zum Download an.

bundeswahlleiter.de

Parteiunterlagen zum download

BüSo, BIG, PBC oder Volksabstimmung – Ab jetzt... Wie? Nie davon gehört? 30 Parteien stehen bundesweit zur Wahl; vier weitere treten regional mit Wahlkreiskandidaten an. Da ist es schwer, die Übersicht zu behalten, aber der Bundeswahlleiter hat sie. Die Wahlprogramme und Satzungen aller zugelassenen – und nicht nur der zur Bundestagswahl antretenden – Parteien finden sich zum download unter:

bundeswahlleiter.de/de/parteien/parteien_downloads.html

Abgeordnete und Wahlkreise

Wer tritt wo an? Und wie erreiche ich ihn oder sie? Einfach nachschlagen unter:

bundestag.de/bundestag/wahlen/wahlkreise13/index.html

Infos, Erklärungen, Grafiken und Materialien satt

Der Klassiker: Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet – wie zu jeder Bundestagswahl – umfangreiche und sehr gut aufbereitete Materialien an. Zum Selber-schlau-machen oder zur Nutzung für Multiplikatoren.

bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahl-2013

Glossar zu politischen Begriffen

Umfassender geht's kaum: Von A wie Abgeordnete oder wie Acquis communautaire bis Z wie ZUMA oder wie Zweitstimme bietet die Bundeszentrale für politische Bildung ein sehr

informatives Glossar zu politischen Begriffen, Regeln und zur Bundestagswahl an.

bpb.de/lernen/unterrichten/grafstat/144755/a-d

Wie war's beim letzten Mal?

Wie viele Stimmen erhielt und wie viele Sitze errang welche Partei bei der letzten Bundestags-, Landtags- oder Europawahl? Oder was ergab die Wahl zur 1. Bürgerschaft in Hamburg am 13. Oktober 1946? Bei election.de kannst Du auf die Zeitreise durch alle Wahlen der Bundesrepublik gehen. Zudem bietet die Website eine Übersicht aller Prognosen der Wahlforschungsinstitute und aktuelle Nachrichten.

election.de

Wie wählte Hamburg bei der letzten Bundestagswahl 2009?

Welche(r) Direktkandidat(in) setzte sich in Hamburg-Nord durch? Welche(r) in Wandsbek? Wie viele Prozente entfielen bei der letzten Bundestagswahl auf welche Partei? Alles zu finden unter:

bundestag.de/bundestag/wahlen/wahlkreise09/index.html

Sonntagsfrage

Was wäre, wenn am nächsten Sonntag bereits Bundestagswahl wäre? Wie würde gewählt werden? Das ist die berühmt-berüchtigte »Sonntagsfrage«, mit der Meinungsforschungsinstitute immer wieder sogenannte statistisch repräsentative Gruppen von wahlberechtigten Bundesbürgern belästigen. Die Ergebnisse sollten wie Wetterprognosen gelesen werden: Könnte so eintreten, muss aber nicht... Alle Stimmungsbarometer von Allensbach bis INSA fasst die Wahlrechts-Website zusammen:

wahlrecht.de/umfragen/index.htm

Keine 18 und trotzdem wählen!

Die Seite für alle Unter-18jährigen, die diesmal noch nicht wählen dürfen – aber gern wollen würden: Wer mitmachen will, beteiligt sich am Projekt »U18«. Wahltermin ist der 13. September.

u18.org/bundestagswahl-2013

Was wähle ich?

Noch unsicher? Viele Fragen offen? Welche Partei steht mir wirklich nahe? Neben dem bekannten Wahl-O-Mat bietet jetzt auch Die Süddeutsche ein Online-Tool im Wahl-Thesen-Modus zur Positionierung an.

sz.de/1.1756596

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



Nehr Offsetdruck Media

Antonie-Möbis-Weg 3 • 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 • Telefax 040 / 571 09 62

Was wählen?

Teste das interaktive Infotool Wahl-O-Mat.de

STANDpunkt! Kampagne und Wahlpaket des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR)

Mit der Aktion »STANDpunkt – Starke Verbände | Starke Jugend« lädt der DBJR Politiker/innen ein, ein öffentliches Bekenntnis zur Jugendverbandsarbeit abzulegen. Denn Stärkung tut Not: Seit Jahren stagniert die öffentliche Förderung für Jugendverbände, die allgemeine und andere Kostensteigerungen werden nicht ausgeglichen. Zahlreiche Politiker erklären in Videobotschaften, warum sie Jugendverbände wichtig finden und was sie persönlich mit deren Arbeit verbindet.

Zudem hat der DBJR ein kleines WAHLPaket geschnürt: Das bunte Paket enthält Aktionstipps und Argumente für die Jugendverbandsarbeit sowie neue Broschüren zu den Themen Bildung und Ehrenamt. Alles ist analog bestellbar oder per download verfügbar.

dbjr.de/standpunkt.html

Jugend macht Ansagen – Standpunkte und Aktionen der DGB-Jugend

Da gibt es viel zu tun: gute Bildung, soziales Europa, bessere Ausbildung, sichere Jobs, offene und solidarische Gesellschaft! Die DGB-Jugend hat klare Vorstellungen und Forderungen zur Bundestagswahl. Und erklärt sie auf der Aktionsseite jugend-macht-ansagen.de; darüber hinaus gibt es Wahlprüfsteine, eine Mediathek, Aktionsmaterialien und Infos zu kommenden Aktionen. jugend-macht-ansagen.de

Parlamentsfernsehen

Einmal Bundestag ohne Filter? Nicht im Häppchenformat wie in den Nachrichten – sondern ungeschnitten und direkt? Dann bist Du beim Parlamentsfernsehen, dem Kanal des Bundestags, richtig. Das Parlamentsfernsehen wird im Internet via Livestream, auf Abruf in der Mediathek sowie live auf mobilen Endgeräten, zum Beispiel Smartphones und Tablets, verbreitet. Genutzt werden kann dafür die kostenlose App »Deutscher Bundestag« für iOS- und Android-Betriebssysteme oder die für mobile Anwendungen optimierte Internetseite m.bundestag.de. bundestag.de/Mediathek

Wahlplakate historisch

Alles so schön bunt und seicht hier? Die aktuellen Wahlplakate reißen kaum vom Hocker. Auch früher war keineswegs alles besser. Unter den Wahlplakaten früherer Bundestagswahlen gibt es neben bemerkenswerten Ausnahmen auch noch schrecklichere Exemplare zu bestaunen. egora.uni-muenster.de/deinewahl/wahlplakate_1949.shtml

Das Online-Tool ist kein Wahl-Automat. Auch wenn sein Name Wahl-O-Mat ein wenig danach klingt. Das Frage-und-Antwort-Spiel, das die Bundeszentrale für politische Bildung seit 2002 bei Landes-, Bundestags- und Europawahlen online stellt, hilft Dir bei der Information, welche Partei sich wie bei Sachthemen positioniert hat. Und es hilft Dir herauszufinden, welche der Parteien Deiner eigenen politischen Position bei der Bundestagswahl am nächsten steht.

Wie funktioniert's? Der Wahl-O-Mat stellt Dir 38 Thesen zu politischen Fragen zur Abstimmung, auf die Du per Klick auf »Stimme zu«, »Stimme nicht zu«, »Neutral« oder »These überspringen« antworten kannst. Dies haben zuvor auch die zur Wahl zugelassen Parteien getan und ihre Antworten begründet. Nach Deiner Bewertung der Thesen kannst Du noch den einzelnen Themen eine persönliche Gewichtung geben und erhältst dann anschließend eine

Übersicht, wie hoch die Übereinstimmung Deiner Positionen mit den Standpunkten der von Dir zur Ansicht ausgewählten Parteien ist.

Wer argumentiert wie? Bei dieser Vergleichsübersicht der politischen Übereinstimmungen sind Überraschungen nicht ausgeschlossen. Wie kommen sie zustande? Wie begründet eine Partei ihre Position? Wenn Du's genau wissen willst, kannst Du Dir die jeweiligen Argumente der Parteien zu den Thesen anschauen und untereinander vergleichen. Der Wahl-O-Mat bietet darüber hinaus eine Fülle an Informationen zur Bundestagswahl und zu den zur Wahl zugelassenen Parteien.

Hintergrundinformationen: Das Info-Tool Wahl-O-Mat wurde bei der letzten Bundestagswahl 2009 über 6,7 Millionen Mal gespielt und seit der Einführung in 2002 rund 24 Millionen Mal insgesamt bei diversen Wahlen. Weitere Infos unter: www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat



Achtung: Frei ab 16 Jahre!

Volksentscheid zum »Rückkauf der Energienetze in Hamburg« am 22. September 2013

Von Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

Am Tag der Bundestagswahl können auch die 16- und 17-Jährigen in die Wahlkabine gehen. Denn: Nachdem die Hamburgische Bürgerschaft im Februar 2013 das Wahlalter auf 16 Jahre herabsenkte, dürfen alle ab 16 Jahren bei Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen sowie bei Bürger- und Volksentscheiden mit abstimmen. Der erste Volksentscheid, zu dem nun auch die 16- und 17-Jährigen mit aufgerufen sind, findet am 22. September 2013 statt – parallel zur Bundestagswahl. Es geht dabei um die Frage, ob die Energienetze in Hamburg zurückgekauft werden sollen.

Was ist ein Volksentscheid?

Über einzelne politische Fragen können die Wahlberechtigten in Hamburg per Volksentscheid abstimmen (s. »Artikel 50 [Volksgesetzgebung]« der Hamburgischen Verfassung). Dazu zählen Änderung oder Aufhebung bestehender Gesetze – und auch sogenannte »andere Vorlagen«. Andere Vorlagen sind Handlungsaufforderungen an die Bürgerschaft, in einem Bereich der »politischen Willensbildung« tätig

zu werden. Die aktuell zur Abstimmung stehende Frage eines Rückkaufs der Energienetze in Hamburg basiert auf diesem Vorgang einer »anderen Vorlage«; die Initiative »Unser Hamburg – Unser Netz« hat alle gesetzlichen Hürden vom Volksbegehren bis zur Durchführung einer Volksentscheidung erfolgreich genommen.

Worum geht's?

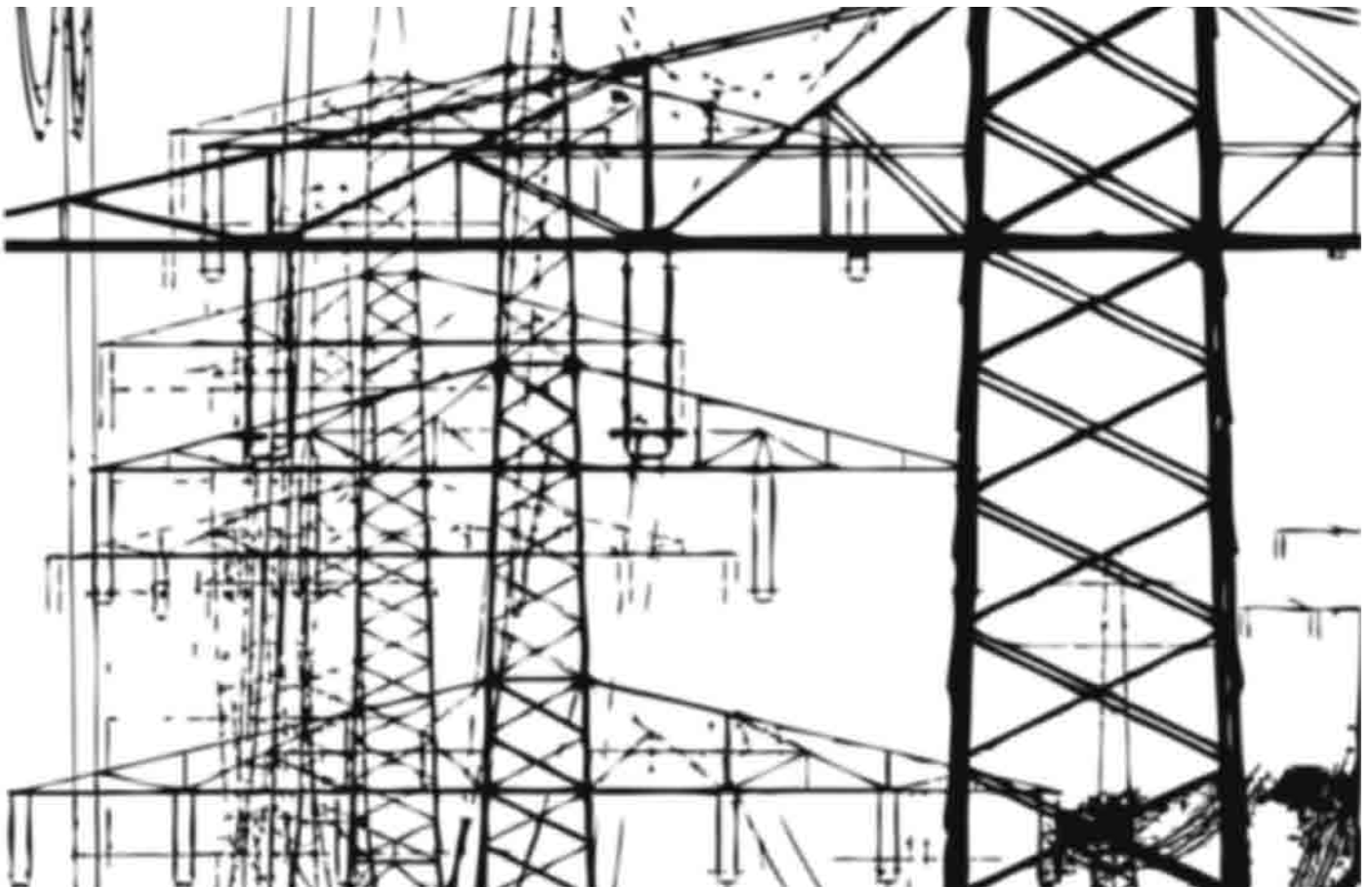
Zu den Energienetzen zählen drei Bereiche: Strom, Gas und Fernwärme. Sie alle sind auf Leitungen angewiesen, um zum Verbraucher zu gelangen. Bei den jeweiligen Leitungen hat der Verbraucher keine Alternative zu einem Anschluss an die bestehenden Netze. Energienetze bilden daher ein »natürliches Monopol«. Gleiches gilt für das Leitungsnetz der Wasserversorgung.

Die Stadt Hamburg war einst über die stadteigenen Hamburger Elektrizitätswerke und Hein Gas der Betreiber dieser natürlichen Monopole, verkaufte diese Firmen jedoch zwischen 1997 und 2002 an Vattenfall Hamburg und E.on. Damit wurden auch die Verteilnetze für Strom (Vattenfall) und Gas sowie die Fernwärmeversorgung (E.on) in Hamburg privatisiert. Die

beiden Konzerne erwarben Konzessionen für den Betrieb der Energienetz-Monopole, deren Laufzeit in den kommenden Jahren endet. Die Vergabe der Konzessionen muss daher ab 2014 neu ausgeschrieben werden. Hier sehen die Initiatoren des Volksbegehrens die politische Chance einer Neuordnung: Die Stadt solle die Konzessionen für den Betrieb der Netze so ausschreiben, dass ein städtisches Unternehmen den Vorrang genießt.

Wie argumentieren die Befürworter eines Rückkaufs der Energienetze?

Zwei Argumente stehen im Vordergrund. Erstens: Um die Energiewende in Hamburg erfolgreich zu gestalten, brauche die Stadt die vollständige Kontrolle über die Energienetze. Nur dadurch stünde Gemeinwohl vor Profitmaximierung. Zweitens: Mit dem Betrieb der Netze könne zudem viel Geld verdient werden: »Mit den Strom- und Gasnetzen und der Fernwärmeversorgung machen die Konzerne jährliche Umsätze von über 1 Milliarde Euro. Die Renditen im Netzbetrieb sind solide. Wir wollen, dass dieses Geld künftig in Hamburg bleibt«, argumentieren die Befürworter auf der Initiativenseite »unser-netz-hamburg.de«.



Wie argumentiert der SPD-Senat?

Die SPD-Mehrheit setzte in der Bürgerschaft bereits den Beschluss zum Rückkauf eines Anteils von 25,1 Prozent an den Energienetzen für 543 Millionen Euro durch. Nach Ansicht des SPD-Senates reiche diese Minderheitenbeteiligung aus, um Einfluss auf die Energiepolitik zu nehmen. So seien mit den Energieversorgern darüber hinaus Vereinbarungen wie Investitionszusagen und der Ersatz des alten Kohlekraftwerks in Wedel durch ein modernes Gas-Dampf-Turbinen-Kraftwerk geschlossen worden, um die Energiewende in Hamburg zu gestalten. Zudem bedeute ein vollständiger Rückkauf, der um die zwei Milliarden Euro kosten könne, ein hohes finanzielles Risiko und eine Belastung des Haushaltes zuungunsten anderer Aufgaben. (siehe nein-zum-netzkauf.de)

Wie positionieren sich die Parteien in Hamburg?

- **Pro Rückkauf:** Grüne/Bündnis 90 (gruene-fraktion-hamburg.de/netze-rueckkauf/), Die Linke (www.die-linke-hamburg.de/uploads/media/Flyer_VE_130531_web.pdf), Piraten Partei (piraten-hh.de/themen/umwelt-und-energie)
- **Contra Rückkauf:** CDU (cduhamburg.de/fileadmin/content/pdf/flugblaetter/Ansichtsdokument_Themenkarte_Netze.pdf), FDP (www.fdp-hamburg.de/)

fdp-hamburg-startet-kampagne-gegen-den-netzruckkauf/) und SPD (nein-zum-netzkauf.de)

Wer ist die Initiative »Unser Hamburg – unser Netz«?

Gegründet wurde die Initiative 2010 von sechs Organisationen: Attac, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Diakonie und Bildung des evangelisch-lutherischen Kirchenkreises, Initiative Moorburgtrasse stoppen, Robin Wood und Verbraucherzentrale Hamburg. Mittlerweile unterstützen über 45 Hamburger Organisationen der Zivilgesellschaft die Initiative. (s. unser-netz-hamburg.de)

Wie viele Stimmen entscheiden beim Volksentscheid?

Da der Volksentscheid an einem Wahltag stattfindet, ist sein Ausgang an die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl gekoppelt. Ein kompliziertes Verfahren. So müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein, damit der Volksentscheid beispielsweise zugunsten der Initiative ausgeht: Zunächst muss sich eine Mehrheit der gültig Abstimmenden beim Volksentscheid für die Vorlage zum Rückkauf der Energienetze aussprechen. Und diese Stimmenzahl muss zudem auch »der Mehrheit der in dem gleichzeitig gewählten Parlament repräsentierten Hamburger Stimmen« entsprechen. Zur Veranschaulichung: Bei der Bundestagswahl geben z.B. eine

Million Hamburger/innen ihre Stimmen ab. Wenn 100.000 Wähler/innen dabei für Parteien stimmen, die unter der Fünf-Prozent-Hürde landen, verbleiben 900.000 relevante Stimmen als Maßzahl übrig. Die Vorlage zum Rückkauf der Energienetze wäre also dann erfolgreich beschieden, wenn 450.001 Wähler/innen zustimmen (die Hälfte von 900.000 plus eins). Und umgekehrt: Wenn sich zwar eine absolute Mehrheit von z.B. 320.000 bei insgesamt 600.000 beim Volksentscheid abgegebenen Stimmen für die Rückkauf-Vorlage entscheidet, bei der Bundestagswahl jedoch insgesamt eine Million Stimmen gezählt werden, ist das Volksbegehren gescheitert.

(Hintergrund: <http://www.hamburg.de/contentblob/4036692/data/volksentscheid-energienetze-broschuere-web.pdf>)

Ist der Volksentscheid verbindlich?

Die Hamburgische Verfassung antwortet mit einem klaren »Ja, aber...«. So steht im Artikel 50 [Volksgesetzgebung] unter 4a: »Ein Volksentscheid über eine andere Vorlage bindet Bürgerschaft und Senat. Die Bindung kann durch einen Beschluss der Bürgerschaft beseitigt werden.« Das heißt im Klartext: Eine Mehrheit in der Bürgerschaft kann einen Volksentscheid wieder kippen. Ob das politisch klug wäre, ist eine andere Frage...

Stimmzettel zum Volksentscheid

über die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze
am 22. September 2013

Sie haben eine Stimme

Vorlage der Volksinitiative »Unser Hamburg – Unser Netz«

Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

Stimmen Sie dieser Vorlage zu?

JA NEIN



Mitmachen & gewinnen! Unter www.bahn.de/klasse-unterwegs einen Tagesausflug nach Schloss Gottorf gewinnen.

Mit „Klasse unterwegs“ die Region entdecken

Raus aus dem Klassenzimmer, rein ins Abenteuer – mit dem Schulprojekt der DB Regio AG

Lernen an spannenden Orten: Das ist die Idee von „Klasse unterwegs“. Gemeinsam mit rund 60 Partnern in Schleswig-Holstein und Hamburg bietet die DB Regio AG ein abwechslungsreiches Programm für Klassenausflüge passend zu allen Unterrichtsfächern.

Klassenausflug gewinnen: Unter www.bahn.de/klasse-unterwegs die Gewinnfrage beantworten und einen Tagesausflug nach Schloss Gottorf für die gesamte Klasse gewinnen.

Ticket-Tipp: Bis zu 70 % Ermäßigung mit dem Gruppenfahrtschein im Schleswig-Holstein-Tarif.

Weitere Informationen unter www.bahn.de/klasse-unterwegs

Die Bahn macht mobil.